

2 Forschungsstand: Wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen und Diskurse zum Thema Migration

Migration is defined broadly as a permanent or semipermanent change of residence. No restriction is placed upon the distance of the move or upon the voluntary or involuntary nature of the act, and no distinction is made between external and internal migration (Lee 1966: 50).

Diese grundlegende Definition von Everett Lee (1966) dient als Ausgangspunkt für eine allgemeinere Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Migration. Es geht dabei also um einen freiwilligen oder unfreiwilligen, längerfristigen, räumlich nicht definierten Wechsel des Wohnortes. Ausgeschlossen werden dadurch temporäre Wanderarbeiter*innen oder nomadisch lebende Menschen. Die Schweizer Sozialanthropologin Janine Dahinden vertritt ebenfalls einen weiten Migrationsbegriff, welcher die Mobilität in den Vordergrund rückt und weder temporale noch geographische Einschränkungen beinhaltet: »Was als Migration bezeichnet wird, ist in erster Linie eine Frage von unterschiedlichen Bewegungen von Menschen im Raum – zunächst unabhängig von Nationalstaaten« (Dahinden 2016b: 10). In dieser Studie spielt die Distanz eine untergeordnete Rolle, während das Überschreiten einer Landesgrenze ein zwingender Faktor ist – selbst wenn der vorherige und der zukünftige Wohnort nur wenige Kilometer voneinander entfernt sind. Es handelt sich somit um eine Form der externen, transnationalen Migration.

In seinem Pionierwerk »*The Laws of Migration*« (Ravenstein 1885), welches durch statistische Analysen Migrationsbewegungen in Großbritannien und Irland nachvollzog, erstellte der Geograph Ernst Georg Ravenstein Kategorisierungen von Migrant*innen und zeigte die zugrundeliegenden Strukturen bestimmter Wanderungsbewegungen auf. Ravenstein stellte u.a. Migrationsströme vom Land in die Städte fest, welche als Handels- und Industriestandorte Arbeitskräfte anlockten (Ravenstein 1885: 204) – ein Trend, welcher bis heute sichtbar ist. Zusätzlich benannte er ökonomische Gründe als wichtigsten Aspekt in der Entscheidung zur Migration. Lee (1966) knüpfte an Ravensteins Arbeit an und erweiterte sie um eine eigene Migrationstheorie, die grundlegende Strukturen größerer Migrationsströme zu erklären suchte. Er betrachtete verschiedene

Phasen der Entscheidungsfindung und der Migration: »No matter how short or how long, how easy or how difficult, every act of migration involves an origin, a destination, and an intervening set of obstacles« (Lee 1966: 50). Diverse positive und negative Faktoren am Ziel- und am Heimatort – sogenannte push- und pull-Faktoren – sowie dazwischenliegende Hürden beeinflussen die Migrationsentscheidung. In neuerer Zeit wurde dieser Ansatz von den Ökonom*innen Belot und Ederveen aufgegriffen (2012: 1083–1085): Analysiert werden Migrationskosten, welche je nach Kontext niedriger oder höher ausfallen, so z.B. kulturelle Unterschiede, die Sprache sowie Werte und Normen. Entscheidend ist dabei die Wahrnehmung dieser Faktoren seitens der Migrant*innen, nicht die tatsächlichen Faktoren. Spezifische Lebensphasen und damit einhergehende Umbrüche im Leben eignen sich besonders als Startpunkt für die Migration, da sie grundlegend mit Veränderungen einhergehen. Dies ist z.B. der Abschluss einer Ausbildung und der folgende Start ins Arbeitsleben, der Beginn des Ruhestands, aber auch soziale Aspekte wie die Familiengründung oder deren Auflösung durch den Tod eines Partners, eine Trennung oder Ehescheidung (Lee 1966: 52–53).

Hinzu kommen individuelle Faktoren wie die Persönlichkeit: Veränderungsfreudige Menschen benötigen weniger zwingende Gründe für eine Migration als eher skeptische. Lee konzentrierte sich zwar auf strukturelle Ursachen, betonte jedoch, dass Migrationsentscheidungen selten völlig rational getroffen werden (Lee 1966: 50–51). Moderne Forschungen, besonders in wohlhabenden Ländern, ergänzen entsprechend strukturelle um individuelle Motive und unbewusste Prozesse (Moravek 2006: 32). Migration wird dabei meist durch eine auslösende Situation angestoßen, gefolgt von einer Bewertung der eigenen Lebenslage; erscheint die Differenz zwischen Ist- und Soll-Zustand zu groß, kann Migration als Lösung erscheinen (Moravek 2006: 32–40).

Migration ist auch in der Ethnologie schon lange ein präsent Thema, wenn es auch im Vergleich zu den traditionellen Forschungsbereichen geringere Bedeutung besitzt. Dies liegt unter anderem daran, dass die Ethnologie bis in die 1960er-Jahre die Sesshaftigkeit als Standard betrachtete; Kulturen galten entsprechend als lokal verortet und Migration als vom Standard abweichendes Verhalten. Ab den 1970ern veränderte sich diese Wahrnehmung, welche in den 1980er- und 1990er-Jahren auch mit neuen paradigmatischen Diskursen und Theorien einherging, welche bis heute präsent sind (Darieva 2007: 71–73; Gandelsman-Trier 2017: 332–337). Bevor ich auf aktuelle Beiträge verweise, gehe ich näher auf die theoretischen Ansätze der Ethnologie in den letzten 100 Jahre ein.

Anders als bei den Arbeiten von Ravenstein (1885) und Lee (1966) lag der Fokus von ethnologischen Arbeiten zunehmend auf dem Zielland und dem Leben der Migrant*innen innerhalb der empfangenden Gesellschaft. Entsprechend der Migrationsströme in den 1920er und 1930er-Jahren, auf die ich im folgenden Abschnitt näher eingehe, beschäftigte sich die Soziologie der Chicagoer Schule zu dieser Zeit mit der Migration aus Süd- und Osteuropa in urbane Zentren der USA. Migration galt dabei als singulärer Akt des Umzugs aus traditionalistisch geprägten, ruralen Orten in ein modernes, urbanes Umfeld, welcher mit der Assimilation und dem Wechsel von der Heimatkultur in die des Ziellandes verbunden war. Entsprechend stand die Aufnahmegesellschaft im Fokus, und mit ihr die strukturellen Veränderungen in den Großstädten, während die Migrationsursachen vernachlässigt wurden (Darieva 2007: 72–75; Drotbohm 2017: 249; Klocke-Daffa 2014: 33–35).

Darauffolgende ethnologische Studien in den 1930er und 1940er-Jahren spiegelten ebenfalls ein Verständnis von Migration als singuläre Mobilität vom Heimat- zum Zielort wider. Während ländliche Gegenden weiterhin als rückständig wahrgenommen wurden, galten Migrant*innen als Treiber für ländliche Entwicklung. Angesiedelt an der Universität Manchester – am ersten Lehrstuhl für Social Anthropology unter der Führung von Max Gluckman – wurde in den 1940er bis 1960er-Jahren die Manchester-Schule mit diversen Studien zur Binnenmigration im heutigen Sambia wegweisend. Die Manchester-Schule verdeutlichte, dass bei der Migration alte Netzwerke erhalten bleiben, während in den urbanen Zielorten neue soziale Beziehungen entstehen. Ethnische Zugehörigkeiten und Verwandtschaftsstrukturen gehen in der Stadt nicht verloren (Darieva 2007: 76; Klocke-Daffa 2014: 35–37).

Die in den 1960er-Jahren entstandenen dependenztheoretischen Ansätze gingen vermehrt den ausgebliebenen Entwicklungen in peripheren Gegenden auf den Grund, welche laut früherer Theorien durch die Migration in die wirtschaftlichen Zentren eintreten sollte. Im Gegenteil stellten sie vermehrt fest, dass die ruralen Gebiete ärmer wurden, unter Depopulation und, aufgrund ökonomischer Abhängigkeiten zu den Zentren, teilweise unter sozialer Instabilität litten. Globale Interdependenzen des Kapitalismus überlagern die individuellen Handlungsmöglichkeiten. Im Gegensatz dazu stellte die Genderforschung ab den 1980er weibliche Migrantinnen und mit deren Handlungsmacht erneut individuelle Perspektiven in den Vordergrund. Dabei wurde gezeigt, dass Frauen sowohl als Migrierende als auch als Zurückgebliebene aktiv am Migrationsprozess teilnehmen und sich ihre sozioökonomische Position innerhalb einer Gesellschaft dadurch mitverändern kann (Klocke-Daffa 2014: 39–41).

Bei der Transnationalismusforschung wurden neben Frauen und Männern verstärkt die Rolle der Kinder miteinbezogen und die Verbindung von Heimat- und Zielland betont. Anna Amelina, Professorin für Interkulturalität mit einem Schwerpunkt auf Migrations- und Transnationalisierungsforschung, fügt hinzu, dass der Fokus dabei auf der »temporären, zirkulären, nichtabschließbaren Qualität von Migrationsprozessen« liegt (Amelina 2013: 35). Neben dem Akt der Migration werden auch die umgebenden Strukturen in Form von transnationalen Netzwerken und sozialen Beziehungen miteinbezogen. Es wird von einer Verflechtung von Netzwerken, Familien, Gemeinschaften und Organisationen im Heimat- und Zielland ausgegangen. Migrant*innen werden dabei als mehreren Kulturen gleichzeitig zugehörig angesehen, was sich auf die Identitätsbildung der Migrant*innen und ihrer Kinder auswirkt. Die Migration wird zu einem Prozess, im Zuge dessen Migrant*innen selbst entscheiden inwieweit sie sich integrieren und wo sie sich zugehörig und verortet fühlen (Darieva 2007: 80–85; Klocke-Daffa 2014: 40–43).

Auch Integration, Assimilation, Akkulturation, Anpassung oder andere Konzepte folgen der Logik eines stetigen Wandels, welcher nie als beendet angesehen werden kann (Esser 2008; Wingers et al. 2011). Während bei Wingers der Lebensverlauf und verschiedene Lebensphasen im Mittelpunkt stehen, geht die zeitliche Dimension bei Esser darüber hinaus zu intergenerationalen Fragen der Integration, Assimilation und Akkulturation über. Bei Alba (2008: 39), welcher spezifisch von Assimilation redet, werden Konzepte der Zugehörigkeit nicht als Akt der Grenzüberschreitung gesehen, indem man von einer Kategorie in eine andere wechselt, sondern als verschwimmende Gren-

zen. Letztere können sich zudem mit der Zeit verändern und neu verhandelt werden. Dies gilt auch für scheinbar starre Konzepte wie die Staatsbürgerschaft (Faist 2001).

Seit den späten 1990er-Jahren hat sich die Auseinandersetzung mit Migration in Deutschland erneut verändert, was auch in der Migrationsforschung sichtbar wurde. Die weitgehende Präsenz von Migration als gesellschaftliches und politisches Thema führte u.a. zu einer Pluralisierung migrationsrelevanter Thematiken wie auch zu mehr Forschungsprojekten, Publikationen, Neubesetzungen von Lehrstühlen mit dem Schwerpunkt Migration und einer erhöhten Nachfrage nach Wissenschaftler*innen mit Migrationsexpertise. Im Rahmen der sogenannten »reflexiven Wende der Migrationsforschung« (Drotbohm/Nieswand 2014) gilt es, »die kulturellen Selbstverständlichkeiten herauszuarbeiten, die das Denken und Handeln von Migrantinnen und in Beziehung zu Migrantinnen bestimmen« (Drotbohm/Nieswand 2014: 3). Einerseits geht es darum die emische Perspektive von Migrant*innen sowie ihre Lebenswelten und -verläufe sichtbar zu machen, andererseits darum staatliche und politische Diskurse und Praktiken zu untersuchen (Drotbohm/Nieswand 2014: 2–3).

Die Forschungsbiographien von Paolo Boccagni und Julia Pauli verdeutlichen, dass Migration in der Ethnologie mittlerweile in seiner gesamten Diversität thematisiert wird: Von öffentlichen, politischen und gesellschaftlichen Diskursen bis zu reichen ethnographischen Beschreibungen des Privaten sowie Analysen der Empfangs- wie auch der Sendegesellschaften und der Bewegungen dazwischen – wenn auch der Fokus auf nicht-europäische und marginalisierte Gruppen weiterhin sichtbar bleibt.

Paolo Boccagni befasst sich in seiner Forschung mit politischen und gesellschaftlichen Aspekten der Migration (Ambrosini/Boccagni 2015; Boccagni/Lafleur/Levitt 2018), zeigt jedoch auch die fließenden Übergänge und Vermengungen von öffentlich und privat (Boccagni 2010; Boccagni/Brighenti 2017). Ein Fokus des Privaten bei Boccagni ist der häusliche Raum, das Zuhause und Prozesse von »homemaking« (Boccagni 2014, 2023a; Boccagni/Bonfanti 2023). Darüber hinaus hat er sich mit diversen anderen Themen im Kontext von Migration auseinandergesetzt u.a. Rückkehr (Boccagni 2011; Boccagni/Lagomarsino 2011), Zukunft (Boccagni 2017a), Eltern- und Mutterschaft (Boccagni 2012; Bonizzoni/Boccagni 2014) sowie Emotionen (Boccagni/Baldassar 2015).

Das Verständnis von Migration als zirkuläre Bewegung und nicht-abgeschlossener Prozess, bei dem sowohl Migrant*innen als auch von Migration betroffene Gemeinschaften betrachtet werden, informiert eine Vielzahl an Forschungen. Im Zuge ihrer mehrjährigen Forschung in einer mexikanischen Gemeinde¹, welche von starker Emigration in die USA betroffen ist, stellt Julia Pauli (Pauli 2008, 2015, 2022, 2023a; Pauli/Bedorf 2018) sowohl die Migrant*innen als auch die Zurückgebliebenen und die Veränderungen in der Heimatgemeinde in den Fokus. Der durch Remittances finanzierte Hausbau prägt das Erscheinungsbild der Gemeinde, beeinflusst Geschlechterrollen und Verwandtschaftsbeziehungen und hat damit auch Auswirkungen auf Vorstellungen vom guten Leben.

Die Entwicklungen und Erkenntnisse der Transnationalismusforschung und der ethnologischen Migrationsforschung der letzten zwei Dekaden sind auch für diese Stu-

1 Ein zweiter langjähriger Forschungsschwerpunkt Paulis findet sich in der Auseinandersetzung mit Namibia und Klasse, welche sie ebenfalls in Verbindung zu Migration gestellt hat (Coe/Pauli 2020; Pauli 2020, 2023b).

die zentral. Enge Verbindungen zwischen Heimat- und Zielland finden sich aufgrund der geographischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Nähe vermehrt auch bei europäischer und insbesondere bei deutsch-schweizerischer Migration wieder.

Die Transnationalismusforschung legt die gleichzeitige Existenz unterschiedlicher Wissensordnungen zugrunde, welche in sozialen Situationen zur Anwendung kommen können. Wissensordnungen werden als »inkonsistente und deterritorialisierte Wissensvorräte definiert, die historisch-spezifisch sind« (Amelina 2013: 40). Diese führen zeitweise zu kulturellen Interferenzen, wenn in sozialen Situationen gleichzeitig unterschiedliche Wissensordnungen relevant werden. Migrant*innen werden im Verlauf ihres Lebens – sowohl vor, während als auch nach der Migration – von diversen Erfahrungen geprägt, welche zu unterschiedlichen Erklärungsmustern und damit wiederum zu diversen sozialen Praktiken führen. Die vorliegende Arbeit geht nicht davon aus, dass im Rahmen von deutsch-schweizerischer Migration lediglich zwei national geprägte Wissensordnungen aufeinanderprallen. Trotz der Eingrenzung des Forschungsrahmens auf die Migration von einem Nationalstaat in einen anderen werden lokale, regionale, transnationale und globale Perspektiven und Erfahrungen miteinbezogen². Ungeachtet der Ergebnisse der Transnationalismusforschung herrscht in den meisten westlichen Ländern weiterhin das Verständnis, dass Migrant*innen sich an die Gastgesellschaft anpassen sollen. Damit ist meist eine Assimilation gemeint. Migrant*innen werden von der Aufnahmegesellschaft teilweise nicht als zugehörig wahrgenommen oder explizit abgelehnt, wenn sie nicht dem Bild der Einheimischen entsprechen. Folglich müssen nicht nur die Migrant*innen, sondern auch das Zielland als Referenz Teil der Untersuchung werden (Klocke-Daffa 2014: 44–45).

Die gegenseitige Wahrnehmung von Migrant*innen und angestammten Personen beeinflusst maßgeblich das Gefühl von Zugehörigkeit, widerspiegelt sich aber auch in diversen Integrationsdebatten. Als Konzepte finden sich u.a. das informelle Belonging (Baumeister/Leary 1995; Westwood/Phizacklea 2000) wie auch formale Aspekte der Zugehörigkeit, z.B. die Staatsangehörigkeit (Maier 2021). Dem gegenüber stehen vermehrt negative Formen der Wahrnehmung von Migrant*innen seitens der ansässigen Bevölkerung, welche sich in medialen Diskursen, als Xenophobie oder Diskriminierung zeigen (Hjerm 1998; Talhout 2019; Wessendorf 2008). Auf formaler Seite rahmt die Migrationspolitik viele Debatten um Immigration und Integration, da sie gleichzeitig den rechtlichen Rahmen bereitstellt, als solches aber auch Ziel diverser Verhandlungsprozesse von Migrant*innen wird (Gehrig 2003; Stienen 2001; Waldis 2001).

Weiter muss darauf Rücksicht genommen werden, dass Migrant*innen nicht, im Sinne eines methodologischen Nationalismus (Glick Schiller 2010, 2014), lediglich auf ihre migrantische und nationale Identität reduziert werden. Es ist wichtig, auf die Effekte von Migration und Integration auf die Lebensgestaltung und Zugehörigkeit einzugehen (Grillo 2008). Andere demographische Aspekte müssen jedoch ebenso Gewicht finden wie die scheinbar typischen migrationsrelevanten Faktoren Religion und Herkunftsland. Bei Allenbach (2012) werden z.B. die diversen Zugehörigkeiten muslimischer Jugendlicher der zweiten Migrationsgeneration in der Schweiz untersucht und kritisch hinter-

2 Auf das Konzept und die Implikationen von Nationalität gehe ich auch im Rahmen der methodischen Auseinandersetzung näher ein.

fragt. Die Forschung zeigt, dass Aspekte wie Schule, Ausbildung, Hobbies und, gerade bei Mädchen und jungen Frauen, auch die Mitarbeit im Haushalt in alltäglichen Auseinandersetzungen dominieren. Die Lebensgestaltung unterscheidet sich daher teilweise nicht signifikant von der anderer Jugendlicher (ohne Migrationshintergrund). »Diese vielfältigen Identifizierungen und Zugehörigkeiten sollten stärker berücksichtigt werden, anstatt die muslimischen Jugendlichen auf ihre Zugehörigkeit zu einer religiösen Minderheit zu reduzieren« (ebd.: 93). Dies kann durch den Fokus auf den gesamtheitlichen Lebensstil geschehen. Als Kontext sind dabei auch die Lebensstile der Mehrheitsgesellschaft und des Heimatlandes relevant (vgl. z.B. Notarp 2018; Rindlisbacher 2021). Auch bei Aspekten der Zukunftsgestaltung, wie z.B. Familiengründung und Altersgestaltung, führt die Betrachtung durch eine rein migrantischen Linse potenziell zur Entfremdung und einem *othering* (Jesse 2020; Said 1978; Sonnis-Bell 2019). Bei Kaiser (2011) zeigen sich im Rahmen von Altersmigration ähnliche Fragen und Problemfelder bei älteren Deutschen, wie sie auch in der Zukunftsgestaltung von älteren deutschen und Schweizer Migrant*innen auftauchen. Zwar erfolgen die Erkenntnisse von Kaiser im Rahmen von Migration, sie weisen aber grundsätzlich auf mögliche Gemeinsamkeiten von migrantischen Gruppen – die aus Deutschland emigriert oder nach Deutschland immigriert sind – und der heimischen Bevölkerung hin.

Betrachtet man diese Dimensionen zusätzlich aus einer zeitlichen Perspektive, werden Veränderungen in der Wahrnehmung sichtbar: Vor der Migration sind Wissen und Erwartungen oft ungenau und von Stereotypen geprägt, nach der Migration entwickeln sich neue Bewertungen, die für Bleibe- oder Remigrationsentscheidungen zentral werden. Damit rücken auch Übergänge wie Ausbildung, Familiengründung oder der Eintritt ins Rentenalter in den Fokus, die für die Zukunftsplanung von Migrant*innen eine entscheidende Rolle spielen können (Bryant/Knight 2019; Kley/Mulder 2010; Lee 1966: 51–52).

All diese Aspekte finden sich in Migrationsstudien wieder, mit unterschiedlichen regionalen, theoretischen und methodischen Schwerpunktsetzungen. Die Annäherung an die Migration zwischen Deutschland und der Schweiz geschieht in dieser Arbeit unter Berücksichtigung regionaler und sozioökonomischer Aspekte. Im ersten Schritt gehe ich näher auf europäische Migration ein, sowie auf Migration in, aus und zwischen westlichen Industrienationen, ferner auf hochqualifizierte Arbeitsmigration. In einem zweiten Schritt enge ich den Fokus weiter auf die Schweiz und Deutschland ein, indem ich die Migrationsgeschichten beider Länder genauer aufarbeite. Der letzte Teil dieses Kapitels dreht sich dann spezifisch um Migration zwischen der Schweiz und Deutschland mit einem Fokus auf die Staatsbürger*innen dieser Länder. Die interdisziplinären Theorien und Erkenntnisse der einzelnen Themenbereiche werden in den späteren Kapiteln erneut aufgegriffen und auf den spezifischen Fall dieser Studie angewandt.

2.1 Migration in westlichen Industrienationen

In general, destinations have diversified, migration projects have become more individualized, and decisions to move to another European country are nowadays driven by a plurality of motives. Although career considerations and the possibility of earn-

ing a better salary remain an important motivation to leave the country of origin, non-work reasons for migrating (family, affective relationships, study, retirement or lifestyle considerations) are an important aspect of intra-European migration (Castro-Martin/Cortina 2015: 110).

Viele der heutigen Industrienationen, welche als typische Immigrationsländer gelten, wurden dies erst im Verlaufe der letzten etwa 150 Jahre. Mit dem Aufkommen der Industrialisierung wandelte sich das Arbeitsleben und viele Menschen fanden neue Arbeit in nahegelegenen Zentren von Industrie und Handel (Ravenstein 1885: 189). Beginnend zu dieser Zeit über die Weltwirtschaftskrise hinaus bis zum Zweiten Weltkrieg wurde die Übersiedlung in die »Neue Welt« das dominierende Ziel der transnationalen Migration.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wandelten sich die Wanderungsbewegungen erneut drastisch. Die Wirtschaft und die Bevölkerungszahlen wuchsen als Teil eines Nachkriegsbooms ab den 1950ern stark an. Auch außerhalb Europas, beispielsweise in den USA oder Japan, herrschte zwischen 1950 und den späten 1960ern eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die USA galten bereits seit ihrer Gründung als Einwanderungsland und behielten diesen Status weiterhin bei (Anderson 2021), während Japan an einer restriktiven Einwanderungspolitik festhielt und nur wenige Immigrant*innen anzog (Oishi 2012). Viele zentral- und nordeuropäische Länder, durch den Krieg zerstört und/oder den Wirtschaftsboom beflügelt, benötigten für den Wiederaufbau eine große Zahl von Arbeitskräften mit niedriger Qualifikation, welche sie vielfach in süd- und osteuropäischen Ländern und in Nordafrika vorfanden. Deutschland schloss Anwerbeverträge u.a. mit Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei. Schweden und Österreich zogen Arbeitskräfte hauptsächlich aus dem ehemaligen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei. Italien, wichtiges Immigrationsland für andere europäische Staaten u.a. die Schweiz, wurde gleichzeitig zum wichtigsten Einwanderungsland im Mittelmeerraum. Im Falle der Kolonialmächte wurden vermehrt die Verbindungen zu den Kolonien bzw. früheren Kolonien aktiviert: Der Großteil der Immigrant*innen in Frankreich stammte aus Algerien, Marokko und Tunesien, im Vereinigten Königreich aus dem Commonwealth oder aus Irland und in den Niederlanden aus Indonesien und Suriname (Currle et al. 2004).

In den meisten Fällen betrachteten sich die Länder bis in die 1980er oder 90er-Jahre nicht als Einwanderungsland, obwohl die Zuwanderung stark stieg. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass es sich in manchen Fällen faktisch um eigene Staatsbürger und nicht um ausländische Personen handelte. Andererseits herrschte die Annahme, dass es sich bei den Immigrant*innen um temporäre Arbeitskräfte handelte, welche sich nicht langfristig im Land niederlassen würden (Currle et al. 2004). Entsprechend wenig wurde Migration innerhalb Europas als Forschungsfeld thematisiert (Dahinden 2016b: 1). Sowohl in der Politik als auch in der Forschung zeigte sich daher erst Ende der 90er-Jahre ein steigendes Bewusstsein für Migration, insbesondere Immigration und die damit einhergehende Integration.

Betrachtet man die Migrationszahlen innerhalb der OECD-Länder heutzutage, zeigen sich klare Tendenzen: Bei den Aufnahmestaaten lag die USA 2010/11 an der Spitze mit 40 Millionen Immigrant*innen, gefolgt von Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Kanada (Arslan et al. 2014: 16). Die größten Migrationsgruppen

stammen aus sogenannten Schwellenländern, welche ein großes Wirtschaftswachstum erleben, während die soziale Entwicklung stagniert – was sich im Vergleich zu OECD-Staaten z.B. in einer niedrigeren Lebenserwartung oder einem niedrigeren Bildungsniveau widerspiegelt (BMZ 2022). China, Indien und Rumänien belegten 2018/19 die ersten drei Plätze (OECD 2021a: 36). Diese Entwicklungen setzten sich in den folgenden Jahren sowohl bei den Aufnahme- als auch bei den Sendeländern fort, allerdings zeigte sich in allen Ländern aufgrund der Covid-19-Pandemie ein zeitweiser Rückgang der Migration (OECD 2021a).

Nach diesem groben Überblick der Entwicklung von Migration in westlichen Industrienationen gehe ich auf spezifische Aspekte dieser Bewegungen und Veränderungen ein, welche auch für die spätere Analyse der Migration zwischen Deutschland und der Schweiz relevant sein werden. Als erstes verfolge ich den Aspekt des Geschlechts und der Bildung und stelle einige Typisierungen von hochqualifizierten Migrant*innen vor. Als nächsten Schritt betrachte ich den öffentlichen Diskurs, die Migrationspolitik und einige Erklärungsversuche häufig auftretender Dynamiken. In einem weiteren Schritt thematisiere ich Forschungen, welche hochqualifizierte Migration mit ökonomischem, aber auch gesamtheitlichem Fokus betrachten. Abschließend stelle ich die Migration zwischen kulturell ähnlichen Ländern und Regionen dar, um wichtige Vergleichspunkte in diesem Feld auszumachen.

Gender findet als wichtiger Aspekt bei Migrationsstudien schon seit längerer Zeit Beachtung (Klocke-Daffa 2014; Kraler et al. 2011; Meares 2010; Pedraza 1991). Während Migration zunächst als ein männlich dominiertes Phänomen galt, gibt es durchaus Teilbereiche der Migration, welche weiblich konnotiert sind. Relevant für den Anteil an Frauen an der Migrationsbevölkerung sind spezifische Entwicklungen in den Migrationsströmen, so z.B. vermehrte Familienmigration in die USA (OECD 2021a: 38). Ein Problem von Statistiken zu Migrationsströmen zeigt sich in der Fokussierung auf kurzzeitige Migrationsbewegungen, bei denen Männer überrepräsentiert sind. Dadurch scheint z.B. die Migration nach Deutschland klar männlich dominiert: 62 % der Immigrant*innen im Jahr 2019 waren Männer, allerdings repräsentieren Männer 2020 nur 50,6 % der gesamten Migrationsbevölkerung (OECD 2021a: 39–40). Seit den 2000ern ändert sich die Zusammensetzung von Migrationsbewegungen mit Bezug auf Geschlecht. Die Migration von Frauen in den OECD-Ländern steigt schneller an als die von Männern. Dies rückt Genderfragen und die Gendergerechtigkeit weiter in den Mittelpunkt (Arslan et al. 2014: 11).

Bezüglich des Bildungsgrades sieht man in den letzten 20 Jahren einen enormen Anstieg an tertiär gebildeten Migrant*innen. Relativ zur Gesamtbevölkerung emigrieren Hochqualifizierte häufiger. (Arslan et al. 2014: 4). Je nach Perspektive handelt es sich dabei um einen Brain-Gain oder einen Brain-Drain, also den Gewinn bzw. Verlust hochqualifizierter Arbeitskräfte (vgl. Müller-Jentsch 2008; Hunger 2000 zu Brain-Gain, Mayr/Peri 2009; Güngör/Tansel 2008; Gursoy/Badur 2021 zu Brain-Drain)³. Nach Mahroum (2000) bestand 1996 die absolute Mehrheit der hochqualifizierten Migration

3 Ein verwandter Begriff ist der »brain waste«, welcher für Migrant*innen genutzt wird, welche im Zielland keiner Beschäftigung nachgehen, welche ihrer Qualifikation entspricht (Mahroum 2000: 24).

von Europa in die USA aus Führungskräften und Manager*innen, welche oft innerhalb internationaler Firmen einen Standortwechsel durchmachen. Im Vergleich zu traditioneller Migration handelt es sich hier um Expats (*expatriates*), welche nach einiger Zeit im Zielland und der Erfüllung arbeitsbezogener Ziele wieder zu ihrem ursprünglichen Arbeitsort zurückkehren. Diese Art von Migrant*innen erhält die Beziehungen zum Heimatland insbesondere auf formaler Ebene aufrecht, sie sind z.B. weiter in ihrem Heimatland angestellt und integrieren sich aufgrund der kurzen Aufenthaltsdauer und der geplanten Rückkehr oft nur in einem Arbeitskontext (Albrecht et al. 2017: 429).

Betrachtet man hochqualifizierte Migration detaillierter, zeigt sich eine große Diversität bei den Migrationsmotivationen, welche im Heimat- und im Zielland begründet sein können. Neben persönlichen Gründen wie Heirat, Patriotismus oder dem Wunsch an einen bestimmten Ort zu ziehen, identifiziert Mahroum (2000: 23) bei verschiedenen Gruppen spezifische Migrationsgründe und Push- und Pull-Faktoren. Ingenieur*innen und technisches Personal folgen v.a. ökonomischen Faktoren von Angebot und Nachfrage auf der Suche nach dem bestmöglichen individuellen Ergebnis. Forschende und Akademiker*innen folgen dem Ruf von Qualität und Expertise eines Landes oder einer spezifischen Institution in ihrem Forschungsfeld. Beide Gruppen würden entsprechend weiterziehen, wenn sich andernorts bessere Möglichkeiten anbieten. Studierende folgen ähnlichen Trends wie Akademiker*innen, sind aber noch mehr an Kooperationen und den internationalen Austausch zwischen Ländern und Institutionen gebunden. Trotz der Intention einer brain-circulation, welche die Rückkehr ins Heimatland nach dem Studienabschluss beinhaltet, verbleiben viele international Studierende langfristig im Zielland. Unternehmer*innen wiederum achten einerseits auf gesetzliche Rahmenbedingungen wie Einwanderungsbestimmungen, Steuern oder den rechtlichen Schutz, andererseits werden sie von finanziellem Kapital und für Arbeitgeber*innen vorteilhaften Arbeitsbedingungen angezogen. Auch sie verbleiben oft längerfristig in ihrem Zielland, um ein erfolgreiches Unternehmen aufzubauen (Mahroum 2000: 24–29). Auch wenn sich die spezifischen Rahmenbedingungen verändern, können die Herleitungen und Migrationsmotive auf aktuelle Forschungen übertragen und verglichen werden.

Debatten und Diskurse sowie die Migrationspolitik folgten in den letzten Jahren in vielen Teilen der Welt ähnlichen Entwicklungen. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die darauffolgenden Konflikte im Nahen und Mittleren Osten stellten eine Zäsur dar und dominierten restriktive Politiken und die negative Berichterstattung insbesondere über spezifische religiöse und ethnische Gruppen. Längerfristig führen derartige Diskurse auch zu einer verallgemeinerten und stereotypen Sichtweise von Migrant*innen (van Houtum/van Naerssen 2002: 127). Zudem werden oftmals distinkte Aspekte vermischt, vereinfacht und, gerade von rechtskonservativen Parteien, instrumentalisiert (Glorius 2018: 23). Durch den raschen Anstieg an Immigration im Kontext der sogenannten »Flüchtlingskrise« 2015 wurde diese Debatte erneut angefeuert. Ressentiments gegen Immigrant*innen stehen in einer kausalen Beziehung zum Erfolg von rechten Parteien in ganz Europa, welche im letzten Jahrzehnt so viel Unterstützung genossen wie nie zuvor (Salomo 2021: 83).

Derartige Ansichten gehen mitunter auf eine wahrgenommene Gefahr (*perceived threat*) zurück, wie der Schweizer Politikwissenschaftler und Soziologe Marc Helbling ausführt: »I define a cultural threat as the perceived harm caused by immigrants with distinct mo-

rals, norms and values. When an individual believes his or her culture to be threatened by increasing cultural heterogeneity, that person is likely to have more negative feelings towards immigrants« (Helbling 2011). Entsprechend negative Ansichten von Immigrant*innen beruhen oft auf Aspekten, welche im Widerspruch zu einem Kern der eigenen Kultur stehen oder die scheinbare Homogenität gefährden, seien dies religiöse oder gesellschaftliche Werte oder Moralvorstellungen. Bei der wahrgenommenen Gefahr steht nicht die eigene empirische Wahrnehmung im Fokus: So finden sich auch in Nachbarschaften mit nur geringer Präsenz von Migrant*innen ausländerfeindliche Haltungen. Insbesondere eine in den Medien und der Politik viel diskutierte steigende Immigration in einer Stadt, einer Region oder einem Land bleibt für einzelne Menschen abstrakt, was die stärkste Abwehrreaktion hervorruft (Salomo 2021: 30–31).

Auf der anderen Seite staatlich gelenkter Migrationspolitik stehen immer häufiger gewisse Wirtschaftsträger und der Fachkräftemangel, welcher insbesondere bei sinkenden Geburtenraten lediglich durch Migrant*innen ausgeglichen werden kann. Migrationspolitik auf der ganzen Welt ist mittlerweile, gerade in reicheren Ländern, darauf ausgelegt, als wertvoll angesehenes ausländisches Humankapital anzuziehen und gleichzeitig »ungewünschtes Kapital« auszusieben. Gut ausgebildete Fachkräfte, aber auch Künstler*innen und Sportler*innen werden genauso wie wirtschaftliche Investitionen willkommen geheißen (van Houtum/van Naerssen 2002: 128). Van Houtum und van Naerssen fassen den Zwiespalt derart zusammen: »*In the post-modern performance game between places, others are welcome, but some others are more welcome than other others*« (Van Houtum/van Naerssen 2002: 129).

Während bei niedrigqualifizierten Migrant*innen oft eine Begrenzung der Einwanderung und der Aufenthaltsdauer diskutiert wird, ist das Ziel bei Fachkräften eher, diese auch zu halten: »*[A]ttracting and selecting new immigrants is only half the story, successfully retaining them in the country in ways that contribute to the development of social capital is the other half*« (Bürgelt/Morgan/Pernice 2008: 283). Dies ist eine eindeutig ökonomische Perspektive auf Migrant*innen, welche insbesondere in Forschungen zu hochqualifizierten Migrant*innen oft über die kulturelle oder soziale dominiert (Koser/Salt 1997). Hinzu kommt, dass Migrationsforschung oft im Auftrag von staatlichen Verwaltungseinheiten mit spezifischen Interessen durchgeführt wird (Dahinden 2016b: 4). Dieser Fokus auf wirtschaftliche und politische Interessen findet sich daher auch in Studien zur Rückkehr wieder (Hagan/Wassink 2020).

In den letzten 15 Jahren hat die Rückkehrmigration innerhalb der Migrationsforschung und auch der Ethnologie einen zentraleren Stellenwert eingenommen, wodurch auch die gelebte Realität von (potenziellen) Rückkehrer*innen in den Mittelpunkt gestellt wurde (Pauli 2021: 95). Neben diversen Gruppen, z.B. Arbeitsmigrant*innen (King 2015), Studierenden (Soon 2008), Hochqualifizierten (Mayr, K./Peri 2009) und Geflüchteten (Ghosh 2000), wurden auch bestimmte Typen der Rückkehr, z.B. freiwillige/unfreiwillige Rückkehr (Drotbohm 2012; Webber 2011), Rückkehr als Erfolg/Misserfolg (Haas/Fokkema/Fihri 2015), permanente/temporäre Rückkehr (Bilgili/Siegel 2017) oder Rückkehr der ersten bzw. zweiten oder dritten Generation (Darieva 2023; Kılınç/King 2017; Potter 2005) betrachtet. Forschungen, welche sich auf die Sicht der Migrant*innen fokussierten, findet man u.a. bei Haas et al. (2015), welcher sich mit Rückkehrmigration marokkanischer Migrant*innen aus Europa beschäftigt. Carling und Pettersen (2014)

wählten die umgekehrte Herangehensweise, indem sie die Rückkehrintentionen diverser Migrant*innengruppen in Norwegen untersuchten. Bei beiden stehen bestimmte Formen von Integration und Transnationalismus als Einflussfaktoren im Mittelpunkt. Die Rückkehr wird somit in soziale und ökonomische Beziehungen am Ziel- und Heimatort integriert. Sinatti (2015) zeigt anhand der Rückkehrmigration senegalesischer Migrant*innen, dass sich eine Vielzahl an Akteur*innen an diesem Diskurs beteiligt; politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure im Heimat- und Zielland, sowie die Migrant*innen selbst.

Bei vielen Forschungen stehen asymmetrische Beziehungen im Fokus: Migration von einem wirtschaftlich schwächeren Land in reichere Länder. Es scheint daher meist offensichtlich, wieso Menschen von einem Land in das andere migrieren möchten. Bei der Emigration aus Industriestaaten ist die Motivation weniger offensichtlich. Van Dalen und Henkens (2007) weisen darauf hin, dass in vielen Industrieländern geringqualifizierte Immigration einer hochqualifizierten Emigration gegenübersteht. Wenn die üblichen Push- und Pull-Faktoren jedoch nicht Hauptverursacher für die Emigration von hochqualifizierten Personen sind, welche Motivationen finden sich dann vor?

Hier kann es helfen spezifisch innereuropäische Migration zu betrachten: »*The wide variety of reasons for migration results in a highly heterogeneous profile of intra-EU migrants and their demographic behaviour*« (Castro-Martin/Cortina 2015: 122). Castro-Martin und Cortina betrachteten Migration innerhalb der EU-15 Länder⁴ und stellten eine große Diversität in den Profilen der Migrant*innen – geringqualifizierte, hochqualifizierte aber auch Studierende und Rentner*innen – mit diversen Migrationsmotiven fest. Während Migrant*innen aus Osteuropa noch eher dem traditionellen Bild der Arbeitsmigrant*innen der 1950er und 60er-Jahre entsprechen, findet man bei westeuropäischer Migration vermehrt ambitioniertes junges Fachpersonal auf der Suche nach besseren Karriereoptionen, bei welchen auch Familien- und andere Beziehungen wie auch der Lebensstil in die Auswanderungsmotivation eingehen (Castro-Martin/Cortina 2015: 116–117).

Ein ebenso wichtiger Aspekt dieser Arbeit ist die Migration zwischen kulturell ähnlichen Ländern oder Regionen. Das Argument ist hierbei, dass kulturelle Ähnlichkeiten Probleme der Migration zu minimieren scheinen: »*The relationships between culturally and socially similar groups are popularly considered unproblematic*« (Helbling 2011: 20) – eine Annahme, die sich mit dem Konzept der Homophilie (McPherson/Smith-Lovin/Cook 2001: 416; Schnegg 2008: 186) erklären lässt, also der Tendenz, Ähnlichkeit als Grundlage sozialer Nähe, Akzeptanz und Zugehörigkeit zu betrachten. Dies setzt auf den ersten Blick gleiche oder ähnliche kulturelle und gesellschaftliche Hintergründe voraus, welche sich auch in der Religion und Sprache zeigen. Kulturelle Ähnlichkeit muss nicht zwingendermaßen auch mit einer geographischen Nähe einhergehen (vgl. z. B. Luncă 2023), und ist zudem oft Interpretationssache. Grundsätzlich finden sich zwischen vielen europäischen Ländern kulturelle, gesellschaftliche und sprachliche Ähnlichkeiten, welche eine

4 Dabei handelt es sich um die EU-Länder vor der Erweiterung vom 01.05.2004: Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Migration zwischen diesen begünstigen können⁵. Bei diesen Migrant*innen handelt es sich meist um Personen mit weißer Hautfarbe und einem christlich geprägten Hintergrund aus anderen europäischen Ländern (Rumänien, Ungarn, Ukraine, Serbien oder Polen); also um nicht-sichtbare Migrantengruppen (Salomo 2021: 60).

Die »Unsichtbarkeit« zeigt sich auch in der Forschung von Helleiner (2017), welche die kurzzeitige Migration von Irland nach Kanada im Rahmen der Working Holiday Visa untersucht. Das Working Holiday Programm ermöglicht die selektive Rekrutierung von Migrant*innen, welche kulturell kompatibel sind (Helleiner 2017: 300). Meist sind dies weiße Migrant*innen der Mittelklasse, welche aus dem globalen Norden stammen. Im Fall von irischen Migrant*innen wurden die Grenzen der üblichen Differenzierung des »wir« und »der anderen« rekonstruiert. Entgegen der üblichen Ausgrenzung erfolgte hier eine Inklusion der irischen in die kanadische Identität mit Verweis auf die frühen kanadischen Siedler aus Irland. Irische Migrant*innen wurden damit von politischen Akteuren in eine weiße kanadische Identität eingeschlossen, womit sie auch aus Anti-Immigrationsdebatten herausfallen (Helleiner 2017: 311–312).

Entgegen dieser Rhetorik und Intention erleben die irischen Migrant*innen Kanada jedoch z.T. anders: »*The emerging, largely applied policy-oriented work on the new Irish emigration to Canada, however, already documents some disjuncture between Irish migrant expectations and their lived experiences*« (Helleiner 2017: 313). In einem gesellschaftlichen Diskurs fallen Iren und Irinnen (noch) nicht in die in-group⁶ der Kanadier*innen und erleben daher im beruflichen und privaten Leben entsprechende Probleme. Bei Helleiner wird klar, dass die Grenzen von in-group und out-group fluide und wandelbar sind, und durch politische Interessen bewusst gesteuert werden können. Dabei können bestimmte Identitätsmarker zur Inklusion oder Exklusion verwendet werden (vgl. Schlee 2017). Im gleichen Zug wie irische Migrant*innen eingeschlossen werden, werden andere Gruppen z.B. aufgrund ihrer Ethnizität oder Klasse ausgeschlossen.

Gilmartin und Migge (2015) untersuchten EU-Immigranten in Irland, welche oft nicht Ziel von Integrationsbemühungen der Gastländer sind und dennoch ähnliche Hürden überwinden müssen. »[A]t European and national policy levels, intra-European migrants are seen as being »at home« within Europe« (Gilmartin/Migge 2015: 296). Sie weisen auf den Umstand hin, dass auch innereuropäische Migrant*innen nicht automatisch Teil der Gesellschaft ihres Ziellandes werden. Diese Integration in die Gesellschaft ist zusätzlich gebunden an die lokale und regionale Integration in einen sozialen Rahmen wie z.B. Hobbies, Freund*innen und Kolleg*innen. Derartige Schwierigkeiten existieren

5 Das World Value Survey (Haerper et al. 2022) und das European Value Survey (EVS 2022), welche kulturelle Ähnlichkeit an den zwei Dimensionen emanzipativer und Überlebenswerte sowie säkularer und traditioneller Werte messen, stellen beispielsweise eine große Ausprägung emanzipativer und säkularer Werte in west- und nordeuropäischen Ländern (aber auch mehreren englischsprachigen Ländern und Japan) fest.

6 In-group bezieht sich auf eine Gruppe, mit der sich Personen identifizieren oder der sie zugehören, während Personen der out-group nicht dazugehören. Teil der Distinktion zwischen in- und out-group ist ein positiver Bias gegenüber der eigenen und ein negativer Bias gegenüber der anderen Gruppe, d.h. Personen der eigenen Gruppe werden positive Eigenschaften und Werte zugeordnet, während der anderen Gruppe gegenüber eine negative Wahrnehmung und Emotionen vorherrschen (Salomo 2021: 9).

nicht nur bei internationaler Migration; auch bei der Binnenmigration erfolgt oft eine Entwurzelung von Freund*innen, Familie, einem Arbeitsumfeld und einem bekannten nachbarschaftlichen Umfeld im alten Heimatort, welche im neuen Wohnort ersetzt und neu aufgebaut werden müssen. Gilmartin und Migge verdeutlichen in ihrer Langzeitstudie mit 39 Immigrant*innen zudem, dass ökonomische Aspekte zwar nicht die primäre Motivation darstellen, aber die Migration aus sozialen und kulturellen Gründen ermöglicht.

In einem erweiterten regionalen Rahmen weisen die ostasiatischen Staaten China, Japan und Korea kulturelle und gesellschaftliche Ähnlichkeiten auf. Aufgrund ihrer geschichtlichen und politischen Hintergründe unterhalten sie jedoch sehr komplexe Beziehungen zueinander. Min (1992) verglich koreanische Migrant*innen in Japan und China und zeigte, dass der historische Kontext, die Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie die Integrationspolitik entscheidend für die Identität und Zugehörigkeit sind. Während koreanische Minderheiten in China durch Segregation viele Bräuche bewahrten, verloren Koreaner*innen in Japan infolge von Integration und Diskriminierung zahlreiche ethnische Merkmale; beispielsweise die Sprache. Trotz ihrer Bemühungen, ihre Identität zu verschleiern, führte dies nicht zu größerer Akzeptanz. Mitglieder dieser Gruppe sind häufiger von psychischen Erkrankungen und Selbstmord betroffen. In China sind Koreaner*innen dagegen besonders erfolgreich, etwa im Bildungsbereich. Mins Ergebnisse zeigen, dass Integrationserwartungen mit den Interessen von Migrant*innen kollidieren können und dass positive Integrationsmarker nicht zwangsläufig zu mehr Akzeptanz führen.

Zuletzt betrachte ich den süd- und mittelamerikanischen Kontext. Migration aus Süd- und Mittelamerika wurde medial oft durch die Migrationsbewegungen in die USA, die Hauptdestination für Migration aus Süd- und Mittelamerika (United Nations 2020), dargestellt. Entsprechend wichtig und relevant sind Forschungen im Kontext süd- und mittelamerikanischer Migration in die USA und Kanada (vgl. Menjívar 2015a, 2015b; Menjívar/Cervantes/Staples 2021; Pauli 2008, 2015, 2022; Simmons/Menjívar/Valdez 2021). Diesen Migrationsbewegungen liegt jedoch eine größere kulturelle Differenz zugrunde. Ökonomische Asymmetrien zwischen den Ländern Süd- und Mittelamerikas u.a. gekoppelt mit bestehenden überregionalen Netzwerken und einfach zu überquerenden Grenzen fördern die interne Migration (Kritz/Gurak 1979: 407), nicht unähnlich den europäischen Entwicklungen. 2020 migrierte ca. ein Viertel aller Migrant*innen Lateinamerikas innerhalb der Region. Wichtige Migrationsgründe finden sich vermehrt in den Heimatländern: ökonomische Veränderungen und fehlende Zukunftschancen, gewalttätige Konflikte, politische Instabilität sowie Naturkatastrophen (Fussell 2010: 163; Statista 2022d). Auch eine ansteigende Xenophobie und vermehrter Populismus im Rahmen einer Kriminalisierung von Migration und Migrant*innen ähneln Phänomenen in Europa und Nordamerika (van Ramshorst 2018). Zwar ist der soziale und kulturelle Rahmen der letzten beiden Beispiele sehr unterschiedlich, in der weltweiten Prävalenz dieser Themen werden aber immer wieder auch Ähnlichkeiten in den Strukturen und Debatten sichtbar.

2.2 Deutsche Migrationsgeschichte

Seit den 1990er Jahren und besonders seit der Jahrhundertwende war ein von Politik und Öffentlichkeit lange nicht erkannter Anstieg der Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen ins Ausland zu beobachten. Das zeigte, dass Deutschland zwar seit langem ein modernes Einwanderungsland geworden war, im Blick auf das Wanderungsverhalten seiner eigenen Staatsangehörigen aber nicht aufgehört hatte, Auswanderungsland zu sein (Bade 2017: 87).

In Deutschland erfolgten in den 1990ern signifikante Umbrüche was das Thema Migration und Integration betrifft. Deutschland identifizierte sich bis dahin weder als Auswanderungs- noch als Einwanderungsland; grundsätzlich war das Thema Migration in der Politik und Gesellschaft weniger präsent als heute. Um zu verstehen, wie es zu diesem Umbruch und auch zum heutigen Verständnis von Migration kam, betrachte ich zuerst die historische Entwicklung von Migration in Deutschland. Später ergänze ich diese Darstellung mit einer detaillierteren Betrachtung der Themen Integration und Wahrnehmung von Immigrant*innen, Staatsbürgerschaft und Auswanderung von Deutschen.

Die Entwicklung Deutschlands vom Emigrations- zum Immigrationsland erfolgte über mehrere Jahrzehnte, in denen historische Schlüsselereignisse stattfanden. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts wanderten Millionen von Deutschen insbesondere aus dem Nordosten Deutschlands – aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Ostpreußen und Pommern – nach Amerika aus. Der Haupttreiber für die Emigration war das schnelle Bevölkerungswachstum, was nicht mit den vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten korrespondierte. Deutsche waren neben Migrant*innen aus Irland die größte Migrationsgruppe in den USA: bis zum Ende des Ersten Weltkriegs hatten mehr als 6,5 Millionen Deutsche die transatlantische Reise angetreten.

In dieser Zeit entwickelte sich Deutschland von einem Agrarstaat mit einem relativ kleinen industriellen Sektor zu einem Industriestaat, in welchem Landwirtschaft jedoch weiterhin eine wichtige Rolle spielte. Dies brachte auch eine verstärkte Binnenmigration vom Land in die industriellen Zentren im Westen, hauptsächlich in das Ruhrgebiet, mit sich, welche ebenfalls hauptsächlich aus den nordöstlichen Regionen gespeist wurde. In der Folge fehlten für die Landwirtschaft jedoch Arbeitskräfte, welche durch die Immigration aus Zentralpolen und Galizien kompensiert wurde. Anfang des 20. Jahrhunderts lebten bereits fast eine Million ausländische Arbeitskräfte in Deutschland, welche jedoch keinerlei politische Rechte erhielten (Bade 1980: 349–369; Bade 1995: 512–513)

Ab 1930 überstieg die Anzahl der Rückkehrer*innen aus den USA die der Emigrant*innen, aufgrund der großen Depression in den USA und sinkender Arbeitslosigkeit in Deutschland. Zudem wurde der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Ausländer*innen beschränkt. Im Zweiten Weltkrieg stieg die Anzahl der Emigrant*innen wiederum, diesmal vor allem aufgrund der Verfolgung der Juden (Bade 1980: 362–375). Nach dem Zweiten Weltkrieg muss die Migrationsgeschichte der BRD und der DDR getrennt betrachtet werden.

In der DDR wurden viele Aspekte von Migration nicht thematisiert, insbesondere die Emigration aus der DDR sowie die Immigration aus anderen östlichen Nachbarstaaten.

Im Kontrast dazu hieß man in der BRD Geflüchtete aus der DDR und anderen sozialistischen Staaten als Heimatvertriebene willkommen. Zwar wurde die Emigration aus der DDR durch den Bau der Mauer im Jahr 1961 fast komplett gestoppt, doch durch die kontinuierliche Emigration zuvor waren in Ostdeutschland die Arbeitskräfte knapp geworden. Dies sollte durch Kooperationen mit spezifischen Herkunftsländern kompensiert werden. Insbesondere aus Vietnam, Mosambik und Kuba wurden Arbeitsmigrant*innen angeworben, die nur allein und für die Dauer ihres Arbeitsvertrags einreisen durften. Vor dem Mauerfall lebten in der DDR rund 93.000 ausländische Arbeitskräfte, wovon fast 60.000 aus Vietnam stammten. Arbeitsmigrant*innen wurden oftmals in getrennten Unterkünften untergebracht, was zu einer Segregation und einer schwelenden Xenophobie führte. Nach der Wiedervereinigung kam dazu für viele Ostdeutsche das Gefühl fremd im eigenen Land zu sein, was die Offenheit gegenüber Migrant*innen weiter minderte (Bade 1995: 528–529; Currie et al. 2004: 19).

In Westdeutschland folgte nach dem Zweiten Weltkrieg, ähnlich wie in vielen anderen europäischen Ländern, eine Zeit schnellen Wachstums. Bereits 1955 wurde ein deutsch-italienisches Abkommen zur Anwerbung von Arbeitskräften geschlossen. In den 1960er- und 70er-Jahren wurden hauptsächlich industrielle Arbeiter*innen aus Süd- und Südosteuropa angeworben. 1973 folgte ein Anwerbestopp für ausländische Arbeiter*innen. Dies führte jedoch nicht zu einer Verringerung der Ausländerzahlen, sondern im Gegenteil zu einer Erhöhung. Da ausländische Personen nach einer Rückkehr in ihr Heimatland keine Chance auf eine Wiedereinreise nach Deutschland hatten, entschieden sich viele dafür permanent in Deutschland zu bleiben und stattdessen ihre Familien nachzuholen. Durch diese Dynamik und die natürliche Bevölkerungszunahme wuchs die Zahl an Migrant*innen bis in die 1980er-Jahre stetig. Anfang der 1980er kam hierzu ein Anstieg an Geflüchteten.

Da Deutschland sich jedoch weiterhin nicht als Einwanderungsland sah, wurden auf politischer Ebene keine Immigrationspolitiken entwickelt. Dies sorgte für mehr Unruhe in vielen Teilen der Bevölkerung, welche die Entwicklungen sehr wohl wahrnahmen: *»the political and social scenario became more and more frightening: from above, politicians denied the existence of problems which, from below, people were experiencing in everyday life«* (Bade 1995: 534). Die politischen Akteure kümmerten sich lediglich um die ökonomischen Aspekte und soziale Integration wurde nicht debattiert. Aus diesem Grund nennt Bade die 1980er-Jahre aus Sicht von Migrations- und Integrationspolitik auch ein verlorenes Jahrzehnt (Bade 1995: 528–529; Bade 1980: 349; Bade 2017: 85).

In den 1990er-Jahren stellten Rückwanderer*innen, Spätaussiedler*innen und ihre Familienangehörigen die größte Gruppe der Einwandernden. Spätaussiedler*innen, meist Nachfahr*innen deutscher Familien aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, wurden dabei jedoch nicht als Ausländer*innen erfasst. Nach der Wiedervereinigung stieg auch die Binnenmigration aus dem früheren Ost- nach Westdeutschland enorm an, was Konsequenzen für die demographische Entwicklung der neuen Bundesländer mit sich brachte. Dort verblieb eine insgesamt schrumpfende und alternde Bevölkerung, welche zusätzlich durch die Emigration von insbesondere jungen, gut ausgebildeten weiblichen Migrantinnen belastet wurde. Die Geburtsraten sanken seit der Wiedervereinigung kontinuierlich. Insbesondere die ländlichen Gegenden litten zusätzlich unter der Urbanisierung. *»The unique aspect of demographic developments in East Germany is, how-*

ever, that these different developments are all reshaping the East German society simultaneously» (Salomo 2021: 57). Während also einzelne der genannten Entwicklungen in anderen Ländern bereits zu beträchtlichen demographischen Problemen geführt haben, findet sich in Ostdeutschland eine Ansammlung all dieser Probleme. Neben den Netzwerken und den sozialen Faktoren fallen insbesondere in ländlichen Gebieten auch Transportmöglichkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, ärztliche Betreuung oder lokale kulturelle und Freizeitangebote vermehrt weg. Die Zurückgebliebenen, welche keine Möglichkeit haben ebenfalls zu migrieren oder diese nicht nutzen wollen, empfinden ihr Umfeld als einen Ort ohne Perspektive (Ringel 2020; Salomo 2021: 58–59).

Die Probleme einer alternden Bevölkerung mit geringer Geburtenrate sind jedoch nicht auf Ostdeutschland beschränkt. Deutschland insgesamt ist eines der »ältesten« Länder der Welt mit einem Durchschnittsalter von 44,8 Jahren (Statista 2022c). Auf Basis der gegenwärtigen Trends müsste Deutschland jährlich eine positive Migrationsbilanz von 100.000 bis 200.000 Personen aufweisen, um die wegfallende Arbeitsbevölkerung zu kompensieren (Glorius 2018: 4). Es ist daher offensichtlich, dass Immigration eine mögliche Lösung für die demographischen Entwicklungen in Deutschland darstellen kann. 2001 lebten entsprechend 1,95 Millionen türkische Staatsbürger*innen in Deutschland, welche damit die größte Gruppe bildeten. Hinzu kam ca. eine Million Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien (627.523 aus der Bundesrepublik Jugoslawien, 223.819 aus Kroatien und 159.042 aus Bosnien-Herzegowina), ca. 616.000 Migrant*innen aus Italien, 362.000 aus Griechenland und 310.000 aus Polen. 2002 lebten 7,3 Millionen Ausländer*innen in Deutschland, was einen Ausländeranteil von 8,9 % ausmachte; ungefähr ein Viertel davon stammte aus Ländern der Europäischen Union (Currle et al. 2004: 32–42). Ausgehend von Ostdeutschland sahen sich Ausländer*innen in den 1990er-Jahren allerdings mit offener Feindseligkeit und Gewalt konfrontiert, welche sich auch auf Westdeutschland ausdehnte

Maßgeblich verändert hat sich der Umgang mit Migration erst in der rot-grünen Regierungsperiode unter Gerhard Schröder von 1998 bis 2005. Während Migration und Integration vorher nur während der Wahlkämpfe thematisiert worden waren, wurden sie nun in einen Dialog von Wissenschaft, Politik und Staat eingefügt. Mit der Unabhängigen Kommission Zuwanderung und dem Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration wurden zwischen 2000 und 2004 zwei Institutionen der Politikberatung geschaffen, welche die Migrationsdebatte auf eine objektivere Ebene hob. 2005 wurde zusätzlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gegründet. Mit diesen institutionellen Veränderungen ging auch ein Wandel der Selbstbeschreibung Deutschlands als Einwanderungsland einher (Bade 2017: 55ff.; Currle et al. 2004: 17).

Ein wichtiges Ereignis im Diskurs über Migration war die sogenannte »Flüchtlingskrise« im Jahr 2015. Die »Flüchtlingskrise« war auf politischer Ebene sowohl innerhalb Deutschlands als auch im europäischen Kontext extrem polarisierend. Kanzlerin Angela Merkel positionierte sich wiederholt positiv bezüglich der Aufnahme von Geflüchteten und der Bewältigung der aufkommenden gesellschaftlichen Konflikte, was auf viel Widerstand stieß. Die scheinbare Aufnahmewilligkeit Deutschlands stand dabei zusätzlich im starken Kontrast zu den meisten europäischen Ländern. Deutschland gehörte zu den europäischen Staaten, welche am meisten Menschen aufnahmen: Zwischen 2014 und 2017 kamen 1,2 Millionen Geflüchtete und Asylsuchende nach Deutschland (Salomo

2021: 30). 2020 war die Anzahl im Ausland geborener Menschen in Deutschland auf 16,3 % gestiegen (OECD 2021a: 371). Dadurch veränderte sich auch die Zusammensetzung der Gesamtpopulation an Migrant*innen in Deutschland. Neben 1.458.360 Immigrant*innen aus der Türkei und 870.995 aus Polen stellten im Jahr 2021 Menschen aus Syrien mit 867.585 die drittgrößte Migrantengruppe dar (Statista 2022b).

Die »Flüchtlingskrise« hat viele Probleme bezüglich Migration in der Politik und Gesellschaft sichtbar gemacht, gleichzeitig aber auch zu einem vermehrt polemischen Diskurs des Themas geführt. Die »Flüchtlingskrise« war auch der Treiber für einen erneuten Anstieg an Gewalt und Feindseligkeit gegenüber Migrant*innen. Es standen sich zwei Extrempositionen – »Willkommenskultur« und Ablehnung – gegenüber. Insbesondere die Ereignisse der Silvesternacht 2015 am Kölner Bahnhof erhitzen die Gemüter und führten in Umfragen zu sinkender Unterstützung der Geflüchteten (Bade 2017: 84–101). Bereits früher erstarkende Bewegungen wie Pegida (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«) oder die Alternative für Deutschland (AfD) setzten den Konflikt für sich ein und gewannen an Unterstützung, welche letztlich auch zu politischen Wahlerfolgen führte. Allerdings fand sich auch bei moderaten Parteien, beispielsweise der Union, eine polemische und ausländerfeindliche Rhetorik mit Begriffen wie: »Überflutung«, »unkontrollierte Zuwanderung«, »Einwanderung in die Sozialsysteme«, »Armutszuwanderung«, »Wirtschaftsflüchtlinge« und »Asylbetrüger« (Bade 2017: 83). Die negative Rhetorik gegenüber Migrant*innen hält bis heute an. Der Wahlerfolg der AfD in Gesamtdeutschland und die Aussagen mehrerer CDU-Politiker*innen zeigen eine weitere Verschärfung der politischen und gesellschaftlichen Debatten.

Immigrationsgeegner*innen stützen sich oft auf die geringe Bildungs- und Berufsqualifikation von Immigrant*innen und verweisen darauf, dass diese den Fachkräftemangel nicht beheben könnten. In Deutschland ist der Anteil der gering- und mittelqualifizierten Migrant*innen höher als der der hochqualifizierten. Fast 40 % geringqualifizierte Migrant*innen stehen knapp 20 % in der einheimischen Bevölkerung gegenüber (Arslan et al. 2014: 16). Hinzu kommen die insbesondere vor der Jahrtausendwende fehlenden Integrationsbemühungen, welche dazu führten, dass der Bildungsabstand zwischen Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern ohne Migrationshintergrund größer wurde (Bade 2017: 69). Neuste Studien zeigen wiederum, dass sich die Arbeitsmarktbeteiligung der 2015 geflüchteten Menschen fast an das der einheimischen Bevölkerung angeglichen hat. Zudem arbeiten sie häufig in systemrelevanten und Engpassberufen, beispielsweise im Gesundheitswesen (Brücker/Jaschke/Kosyakova 2025).

Entgegen den Kontroversen in der Politik stellt Salomo (2021) in Deutschland aber grundsätzlich weniger Abneigung gegen Ausländer*innen fest, als dies angesichts demographischer und wirtschaftlicher Bedingungen zu erwarten wäre. Dies führt sie auf die Erinnerungskultur in Deutschland zurück, welche mehr Toleranz gegenüber Minderheiten fordert und fördert (Salomo 2021: 119). Darüber hinaus existiert nun neben nachgeholten Integrationsmaßnahmen des Staates auch eine vermehrt differenzierte Auseinandersetzung in diversen Medien, welche »komplexe Erfahrungen, Empfindungen und Wahrnehmungen von Zugehörigkeit und Diskriminierung« (Ezli 2022: 33) darstellen und damit dem reduzierenden Stereotyp entgegenwirken.

In Verbindung mit der wirtschaftlichen Stärke führt dies dazu, dass Deutschland auch für Hochqualifizierte einen attraktiven Lebensmittelpunkt darstellt. Laut einer

Studie des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) kann sich die große Mehrheit internationaler Master- und Promotionsstudierenden vorstellen, für einige Jahre in Deutschland zu verbleiben. Eine Folgestudie des FSVR zeigt, dass über 80 % derer, die im Land bleiben wollten, dies auch taten (Glorius 2018: 13).

Für Migrant*innen, die längerfristig oder dauerhaft im Land verbleiben wollen, werden deutsche Einbürgerungspraktiken relevant. Bis zum Jahr 2000 basierte das Staatsangehörigkeitsgesetz auf dem Abstammungsprinzip (*jus sanguinis*), welches den Erwerb der Staatsbürgerschaft an die Abstammung von deutschen Eltern knüpfte. Das neu eingeführte Gesetz sah zunächst eine Optionspflicht vor, d.h. Kinder ausländischer Eltern erhielten unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsbürgerschaft, mussten sich jedoch bis zum 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Kinder mit einem deutschen und einem ausländischen Elternteil können beide Staatsbürgerschaften behalten. Erst 2014 wurde die Möglichkeit für eine doppelte Staatsbürgerschaft auch für Kinder ausländischer Eltern geschaffen (Currle et al. 2004: 26). Aufgrund dieser Einbürgerungspraxis leben in Deutschland viele Menschen mit Migrationshintergrund, welche statistisch als Ausländer*innen geführt werden, auch wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind⁷. Folglich blieb die Anzahl Ausländer*innen in Deutschland bis zur Revision des Staatsangehörigkeitsgesetzes vergleichsweise hoch (Currle et al. 2004: 31). Mit der Revision wurde auch die Einbürgerung ausländischer Staatsbürger*innen erleichtert, welche nun nach acht statt fünfzehn Jahren Anspruch auf die Einbürgerung haben (Currle et al. 2004: 27).

Neben Deutschland als Einwanderungsland sind im Kontext dieser Studie auch die Auswandernden relevant. Diverse Forschungen verweisen darauf, dass Deutschland zwar ein Einwanderungsland ist, wenn man die heimische Bevölkerung betrachtet, handelt es sich jedoch um ein Auswanderungsland (vgl. Althaus 2017: 22; Bade 2017: 56; Förderprogramm »Integration durch Qualifizierung« 2020). Aufgrund hoher Einwanderungszahlen sind die negativen Wanderungssalden von Deutschen lange nicht aufgefallen. Dies gilt insbesondere für die Zeit nach der Wiedervereinigung, da die Statistik aufgrund der Zuwanderung von Spätaussiedler*innen ausgeglichen schien:

Als man schließlich die zeitgleich zugewanderten Spätaussiedler herausrechnete, wurde deutlich, dass es allein in den anderthalb Jahrzehnten vor 2009 bei der grenzüberschreitenden Mobilität deutscher Staatsangehöriger Wanderungsverluste in einer Gesamthöhe von mehr als einer halben Million Menschen gegeben hatte (Bade 2017: 88).

2000/01 lebten 3,1 Millionen in Deutschland geborene Personen im Ausland. Bis 2010/11 stieg die Zahl auf 3,3 Millionen an, bis 2015/16 auf 3,5 Millionen (OECD 2020a). Betrachtet man die Zielländer, handelt es sich in den meisten Fällen um ein anderes westliches Land mit vergleichbarem Lebensstandard (Moravek 2006: 14). Absolut gesehen emigrieren vergleichsweise viele Menschen aus Deutschland, prozentual gesehen ist es jedoch

7 Aussiedler*innen werden wiederum trotz Migrationshintergrund nicht als Ausländer*innen geführt, da sie als deutsche Staatsbürger*innen gelten.

nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Dies beinhaltet zudem auch ausländische Staatsbürger sowie nicht eingebürgerte Migrant*innen der zweiten Generation, welche in die Heimat ihrer Eltern oder Großeltern zurückkehren.

Bei der Auswanderung werden kaum demographische Daten erfasst, daher war lange Zeit schwer einzuschätzen, wie das Profil deutscher Auswandernder aussieht. Das berufliche und Bildungsprofil von deutschen Emigrant*innen wurde nur ausschnittsweise mit Fokus auf bestimmte Berufsgruppen erforscht. Auch die Aufenthaltstitel im Zielland und der Zeithorizont der Migration werden nicht erfasst. Entsprechend ist unklar, ob die Emigrant*innen einen unbefristeten Aufenthalt oder Rückkehr ins Heimatland geplant haben. Erfasst wird die Anzahl der Fortzüge, die Zielländer, das Geschlecht und das Alter der Auswandernden (Prognos 2007: 7; Bade 2017: 87–88; Moravek 2006: 13).

Genauer erforscht wurde die Emigration aus Deutschland oftmals von staatlich beauftragten oder wirtschaftlich motivierten Organisationen (IQ 2020; OECD 2015; Prognos 2007). Auch andere wissenschaftliche Forschungen basieren Großteils auf Statistiken oder Zensusdaten – wie den Wanderungs-, Arbeits- oder Rentenstatistiken –, amtlichen Bevölkerungsumfragen oder eigenen quantitativen Umfragen (Schupp/Liebau 2010; Ette/Sauer 2010; Uebelmesser 2005). Diese helfen zugrundeliegende Strukturen sichtbar zu machen und stellen eine repräsentative Basis für meine Studie dar.

Trotzdem wurde erst spät deutlich, dass die Qualifikation der Auswandernden im Durchschnitt höher ist als die der gesamten Erwerbsbevölkerung Deutschlands. 2015/16 lag der Anteil tertiär gebildeter unter den Emigrant*innen bei knapp über 40 %. Zum Vergleich: 2019 war knapp 30 % der deutschen Bevölkerung im Besitz einer Tertiärbildung (OECD 2020b: 50).

Betrachtet man die Gründe für die Emigration von Deutschen, zeigt sich ein relativ differenziertes Bild. Moravek (2006) sieht sowohl die Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit in Deutschland wie auch positive Ereignisse oder »schicksalhafte« Begegnungen im Zielland als Auslöser. Hinzu kommen Umbruchssituationen oder der Einfluss eines Partners (Moravek 2006: 37). Wichtig zu erwähnen ist, dass es einen Wandel von strukturellen zu vermehrt individuellen Migrationsmotiven gegeben hat (Moravek 2006: 18). Auch individuelle Migrationsmotive basieren jedoch mitunter auf strukturellen Hintergründen. Ein wichtiger Push-Faktor sind wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Gründe: Ungewisse Karriere- und Einkommensperspektiven, aber auch die Angst vor Arbeitslosigkeit sind insbesondere bei schlechter Wirtschaftslage entscheidend. Auf struktureller Ebene ergänzen schlechte Rentenaussichten und eine hohe Steuerlast das Bild. Die Abgabenlast ist in Deutschland z.T. fast doppelt so hoch wie in Großbritannien, den USA oder der Schweiz. Hinzu kommt, dass die deutsche Bürokratie als undurchlässig und unflexibel wahrgenommen wird, was berufliche Umorientierungen oder Neuanfänge im Inland erschwert. Im wissenschaftlichen Bereich wird die fehlende Innovationsfähigkeit Deutschlands gerade im Vergleich zu den USA kritisiert. Viele emigrationswillige Deutsche bemängeln aber auch Aspekte, welche »als bestimmende Elemente der deutschen Gesellschaft« (Moravek 2006: 51) gesehen werden, so u.a. ein großer Konkurrenzkampf und Leistungsdruck am Arbeitsplatz, Egoismus, Neid oder Schadenfreude. Entsprechend sind sie auch grundsätzlich mit dem deutschen Alltag unzufrieden. Zuletzt wird auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf negativ bewertet, dies

hauptsächlich im Vergleich zu skandinavischen Ländern (Moravek 2006: 51–52; Prognos 2007: 15–16)

All diese Negativfaktoren im Heimatland geben bereits Auskunft über mögliche Pull-Faktoren im Ausland. Bessere Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten sind entsprechend der häufigste Auswanderungsgrund. Häufig genannte Gründe waren zudem die bessere Verwirklichung von persönlichen Werten und Vorstellungen, eine höhere Lebensqualität und die Verbesserung des materiellen Lebensstandards. Unter Werten und Vorstellungen fallen u.a. eine optimistischere Grundhaltung der Bevölkerung, mehr Freiräume für die Selbstverwirklichung und Akzeptanz für den eigenen Lebensstil, mehr Möglichkeiten das Leben genießen zu können, aber auch mehr Wertschätzung für unternehmerisches Denken. Insbesondere Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen suchten nach Möglichkeiten den Leistungsdruck zu senken und das Leben genießen zu können (Prognos 2007: 23–28).

Während bei Prognos die Zielländer nicht spezifiziert werden, emigrieren Moraveks Teilnehmende alle nach Übersee (Kanada, USA, Neuseeland, Australien, Südamerika). Es wird aber bereits deutlich, dass bestimmte Push- und Pull-Faktoren nur in einem bestimmten Länderzusammenhang gelten, so z.B. die Innovationsfähigkeit von Forschungsinstitutionen in den USA oder die Familienfreundlichkeit Skandinaviens. Entsprechend muss sich zeigen, ob die hier genannten Pull-Faktoren auch für die Schweiz bzw. Deutschland Anwendung finden können (vgl. Kapitel 5).

2.3 Schweizer Migrationsgeschichte

Die Schweiz – ein Einwanderungsland? Diese Frage würde sicherlich von weiten Teilen der eidgenössischen Öffentlichkeit verneint werden. Eine eindeutige Anerkennung von Seiten der Politik, ein Einwanderungsland zu sein, fehlt, und dies obwohl der Anteil der ausländischen Bevölkerung höher ist als in fast allen anderen europäischen Staaten. Doch trotz restriktiver Zuwanderungsbestimmungen besitzt die Schweiz dank ihrer ökonomischen Prosperität und eines damit zusammenhängenden Bedarfs an Arbeitskräften eine relativ lange Tradition der Arbeitsmigration. Die Schweiz ist heute das Land mit der höchsten Immigrationsrate in Europa und nimmt gleichzeitig, gemessen an der Einwohnerzahl, eine deutlich höhere Anzahl an Flüchtlingen auf als andere Länder Europas (Currell et al. 2004: 317).

Die Geschichte der Migration in die Schweiz beginnt erst mit der Gründung im Jahre 1848. Vorher handelte es sich um eine Allianz von Kantonen, deren Bürger*innen kein freies Niederlassungsrecht in anderen Kantonen hatten. Das Recht zur freien Ansiedlung fiel zusammen mit der industriellen Revolution, in deren Folge die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten drastisch sank. Insbesondere aus landwirtschaftlichen Kantonen zogen Menschen in Kantone mit einem hohen Wirtschaftswachstum (Bohn 1980: 170). Schweizer*innen migrierten dabei auch über Sprachgrenzen hinaus und integrierten sich an ihrem neuen Wohnort sprachlich und gesellschaftlich. Auch die Heiratsraten zwischen Menschen aus unterschiedlichen Sprachregionen sind hoch.

(Bohn 1980: 174–176). Kulturelle Integration bzw. sprachliche Assimilation hat in der Schweiz folglich bereits im Rahmen von Binnenmigration eine lange Tradition.

Historisch sieht man in der Schweiz die gleiche Entwicklung vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland wie im Deutschen Reich bzw. der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern. In der Schweiz begann der Wandel jedoch um einiges früher. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sorgte der wirtschaftliche Aufschwung für einen Anstieg der Immigration. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten bereits 600.000 Ausländer*innen in der Schweiz, was 15 % der Gesamtbevölkerung ausmachte (Currell et al. 2004: 318). Durch den Ersten und Zweiten Weltkrieg sank der Anteil der ausländischen Bevölkerung, gleichzeitig folgten auch Beschränkungen der Zuwanderung. Bereits zur Zeit des Ersten Weltkriegs erfolgten Maßnahmen, um neben dem Arbeitsmarkt auch die kulturelle Identität zu schützen (Dahinden 2014: 103–104; Schweizerisches Bundesarchiv 1991: 294). 1934 trat das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) in Kraft, was grundsätzlich das Schweizer Ausländerrecht regelt: »*Implizit enthalten ist die Forderung, zum einen die Schweiz vor ›Überfremdung‹ zu schützen, zum anderen aber mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte eine wirtschaftliche Prosperität zu gewährleisten*« (Currell et al. 2004: 318). Die Balance zwischen der Gefahr der »Überfremdung« und gleichzeitig den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden, wird ein zentrales Thema der Schweizerischen Ausländerpolitik bleiben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Schweiz in einer wirtschaftlich idealen Lage, da ihre Infrastruktur nicht zerstört worden war. Entsprechend folgte ein großes Wirtschaftswachstum, was gleichzeitig viele Migrant*innen auf der Suche nach Arbeit anzog. Der Ausländeranteil stieg von 5,2 % im Jahr 1941 auf 6,1 % im Jahr 1960 bis zu einem Höchstwert von über 17 % in den 1970er-Jahren (Currell et al. 2004: 319). Die Steuerung der Immigration erwerbstätiger Menschen war seit den 1960er-Jahren ein zentrales Element. So wurden Höchstzahlen zur Einwanderung bestimmt, welche an den wirtschaftlichen Bedarf angepasst wurden. Die Rekrutierung sollte auf bestimmte Länder in Westeuropa (einschließlich Jugoslawien), die USA und Kanada begrenzt werden: »*das heisst Länder, in denen kulturelle, religiöse und gesellschaftliche Wertvorstellungen gelten, die den unsrigen entsprechen*« (Schweizerisches Bundesarchiv 1991: 295). Damit sollte erneut die Integration bzw. Assimilation neu Zugewanderter erleichtert und die schweizerische kulturelle Identität gewahrt werden.

Die Immigrant*innen erhielten in der Schweiz jeweils nur befristete Aufenthaltsgenehmigungen, erst nach 10 Jahren konnten Ausländer*innen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, eine Niederlassungsbewilligung, erwerben. Dies verhinderte in Krisenzeiten u.a. den Aufenthalt arbeitsloser Migrant*innen. Aufgrund der Wirtschaftskrise Anfang der 1970er sank der Anteil Ausländer*innen erneut von 17,2 % im Jahr 1970 auf 14,8 % im Jahr 1980. Auf Drängen anderer Länder wurde die nötige Zeitspanne von 10 Jahren für die Niederlassungsbewilligung später für EU- und EFTA-Staaten auf fünf Jahre verkürzt. 1999 besaßen 74 % der Ausländer*innen in der Schweiz eine Niederlassungsbewilligung, welche eine einfache Ausweisung verhinderte. Wie in der Bundesrepublik Deutschland auch folgte auf verringerte Möglichkeiten zur Arbeitsmigration eine Zeit des Familiennachzugs. Hinzu kamen Anfang der 1990er-Jahre ansteigende Konflikte und Geflüchtete (Currell et al. 2004: 319–21).

Bereits 1985 bestimmte der Schweizer Bundesrat einen »*Delegierten für das Flüchtlingswesen*« (ab 1990 das Bundesamt für Flüchtlinge. Schweizerisches Bundesarchiv 1991: 296), welcher eine Infrastruktur im Land aufbauen sollte, um den Entwicklungen gerecht zu werden. Grundsätzlich für die Belange von Ausländer*innen zuständig ist das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES)⁸ (Currle et al. 2004: 320).

Die Schweiz ist seit den 1990er-Jahren zunehmend bemüht die eigene Ausländerpolitik mit den rechtlichen Bestimmungen des europäischen Auslands vereinbar zu machen:

Von der Ausgestaltung unserer Beziehungen zur EG [Europäische Gemeinschaft] wird es auch abhängen, in welchem Ausmass künftig Schweizer Zugang zum Arbeitsmarkt der EG haben werden (ein Zugang, der für unsere Wirtschaft wegen der Möglichkeit, im Ausland Know-how in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zu erwerben, lebenswichtig ist) (Schweizerisches Bundesarchiv 1991: 298).

Ein Teil der Aushandlungen mit der EG beinhaltete den freien Personenverkehr zwischen der Schweiz und den EU-Ländern, welcher ab 2002 im Rahmen der Personenfreizügigkeit schrittweise umgesetzt wurde. Durch ein »Drei-Kreise-Modell« sollte die Zuwanderung aus Ost-, Südosteuropa und Afrika beschränkt werden, während Bürger aus EU- und EFTA-Staaten freien Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten sollten. Menschen aus den USA, Kanada, Australien und Neuseeland erhielten erleichterten, jedoch keinen freien Zugang (Currle et al. 2004: 320).

Gewisse Branchen und Regionen in der Schweiz sind abhängig von ausländischen Arbeitskräften. 1991 stammte mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen Personen in der Schweiz aus dem Ausland. Trotzdem bleibt die Sorge vor dem kulturellen Einfluss bestehen: »*Andererseits ist ihre grosse Anzahl eine bedeutende Herausforderung für den nationalen Zusammenhalt, der bereits angesichts von vier verschiedenen schweizerischen Kulturen und Lebensarten nicht leicht zu wahren ist*« (Schweizerisches Bundesarchiv 1991: 293). Hier zeigt sich erneut, dass die Sprachregionen klar als unterschiedlich wahrgenommen werden, jedoch im Sinne der »Willensnation Schweiz« (Church/Head 2013: 3) eine Einheit bilden.

Durch die Ausländerpolitik kann die Schweiz die Immigration weiterhin regulieren: »*Since 2010, [immigration flows] have remained within a narrow range (115 000–135 000), and in 2020, they totalled 117 000, down only 4 % compared with 2019*« (OECD 2021a: 21). Über den Zeitraum 2013 bis 2017 hinweg betrachtet überstiegen die Einwanderungen von ausländischen Arbeitskräften jene der Auswanderungen um 253 000 Personen. 2018 standen 1,7 Millionen ausländische Arbeitskräfte 3,6 Millionen Schweizer Erwerbstätigen gegenüber, der Anteil ausländischer Arbeitskräfte beträgt entsprechend über 32 % (Bundesamt für Statistik 2019a: 10). Die Zahl zeigt bereits, wie wichtig Immigration für die Schweiz ist. Der Prozentsatz tertiär gebildeter Migrant*innen ist gleich hoch wie in der einheimischen Bevölkerung (31,3 %, Arslan et al. 2014: 18); insbesondere die Einwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften ist also ein wichtiger Aspekt.

Der Ausländeranteil in der Schweiz ist mit der höchste in Europa und der Welt, was nicht nur an restriktiven Einbürgerungsgesetzen liegt. Dies wird deutlich, wenn man

8 Das IMES ging 2003 aus dem Bundesamt für Ausländerfragen (BfA) hervor, was wiederum 1979 aus der Fremdenpolizei hervorging.

die Prozentzahl der im Ausland geborenen Bevölkerung betrachtet. Nach Luxemburg mit 48 % folgen als zweites Australien und die Schweiz mit 30 % der Gesamtbevölkerung (OECD 2021a: 38). In Deutschland liegt der Prozentsatz bei lediglich 16,3 %. Auch die Einbürgerungsrate der Schweiz ist prozentual höher als in Deutschland: 2018 und 2019 nahmen 2,1 % bzw. 2 % der Gesamtbevölkerung die schweizerische Staatsbürgerschaft an. In Deutschland lag der Anteil bei 1,1 bzw. 1,2 % (OECD 2021a: 415–416).

Die Einbürgerungspraxis der Schweiz weist einige Spezifika auf, die hier kurz skizziert werden sollen. Die Schweiz kennt ein dreistufiges Bürgerrecht auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, das nur gemeinsam erworben werden kann (Currle et al. 2004: 326). Theoretisch kann jede Instanz das Bürgerrecht ausstellen, faktisch fallen die Entscheidungen jedoch auf Ebene der Gemeinde. In vielen Kantonen war und ist das Einbürgerungsverfahren an den langjährigen Aufenthalt im gleichen Kanton oder gar im gleichen Ort gebunden. In den letzten Jahren wurde diese Praxis in mehreren Kantonen gelockert. Trotzdem bleibt die Einbürgerung Ermessensfrage; auch wenn Kandidat*innen die nötige Aufenthaltsdauer auf Staatsebene⁹ erfüllen, gibt es kein verbrieftes Recht auf Einbürgerung. Das gesamte Einbürgerungsverfahren kann bis zu vier Jahre dauern. Meist gilt es neben der Aufenthaltsdauer eine gewisse Eignung zu erfüllen, wozu mitunter die erfolgreiche Integration in die schweizerische Gesellschaft gehört (Arn/Fassnacht 2004: 35). Entsprechend wichtig ist die Gemeindeebene: »Man kann davon ausgehen, dass der Entscheid über Einbindung oder Ausgrenzung von potenziellen neuen BürgerInnen im Wesentlichen auf der kommunalen Ebene fällt« (Achermann/Gass 2004: 39). Auf Bundesebene werden die Mindestvoraussetzungen bestimmt, welche auf Kantons- und Gemeindeebene spezifiziert und erweitert werden. Die Erfahrungen von Ausländer*innen mit der Einbürgerung in der Schweiz ist entsprechend stark abhängig von ihrem Wohnort, was schweizweite Vergleiche erschwert (Achermann/Gass 2004; Currle et al. 2004: 327).

Ein derart hoher Ausländeranteil bringt diverse Hürden und Herausforderungen mit sich, welche sich diskursiv immer wieder um die Balance zwischen »Überfremdung« und nötigen Arbeitskräften dreht. Der Diskurs der »Überfremdung« wird in der Politik und Gesellschaft aufgegriffen und teils instrumentalisiert. Die Angst geht auf eine wahrgenommene Gefahr zurück, dass das eigene Land durch den Einfluss von außen negativ verändert würde. Dies geht auch mit einer sehr positiven Eigenwahrnehmung und Patriotismus einher. Baley Jones (2011) verdeutlicht dies, im Vergleich amerikanischer und schweizerischer politischer Rhetorik, im Kontext der Terroranschläge des 9. Septembers 2001, welche eine ähnliche Distinktion zwischen »wir« und »den anderen« aufzeichnet: »The more we are pushed to rally around the flag and our own ›special-ness‹ and ›goodness‹, the greater the anxiety that something will invade, disturb, or infect us with difference« (Baley Jones 2011: 36). Seit den 1990er-Jahren wirkt die Schweizerische Volkspartei (SVP) auf politischer Ebene als Anti-Immigrationspartei. Durch diverse Initiativen rückten sie das Thema Ausländer*innen, Immigration und »Überfremdung« seither immer wieder ins

9 Personen müssen 10 Jahre in der Schweiz und eine bestimmte Anzahl Jahre in einem Kanton bzw. Ort gewohnt haben. Für die erleichterte Einbürgerung gilt eine Aufenthaltsdauer von fünf Jahren. Davon unabhängig gelten zusätzliche kantonale und kommunale Bestimmungen (Staatssekretariat für Migration SEM 2020).

Zentrum der Schweizer Politik. Ihre – meist polemisch simplifizierenden – Wahlplakate wurden mit der Zeit berüchtigt; sie wurden im Ausland von anderen rechtskonservativen und rechtspopulistischen Parteien wie auch von Protestbewegungen aufgegriffen. Zu sehen ist meist die Schweiz, welche in irgendeiner Art von außen angegriffen wird; durch schwarze Schafe, Krähen oder Hände. Die umstrittenste Initiative¹⁰ war die sogenannte »Minarett-Initiative« (Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten) im Jahr 2009, welche auf Wahlplakaten durch das Bild der Schweizer Flagge repräsentiert wurde, welche überstellt wurde von schwarzen Minarett-Türmen. Eine schwarze Gestalt einer Person mit Burka ergänzt das Bild. »*The use of graphic propaganda in the Swiss movement to ban minarets is an example of neo-Orientalism that positions the Muslim other as a darkly ominous force intent on invading and sullyng the »pure« Swiss (or western) homeland*« (Baley Jones 2011: 38).

Bei der Wahrnehmung von Ausländer*innen entsteht somit auch eine gewisse Hierarchie: Insbesondere muslimische Immigrant*innen werden in der Schweiz negativer wahrgenommen als andere (europäische) Immigrant*innen. Auch außerhalb des Islams erfolgt jedoch eine weitere Differenzierung: »*However, Germans are among the most disliked migratory ethnicities when compared to immigrants from other Western Europeans*« (Helbling 2011). Wieso gerade Deutsche in der Schweiz negativ wahrgenommen werden, hängt u. a. mit der Stärke der Migrationsströmungen zusammen. Dies kann man gut an der Wahrnehmung italienischer Immigrant*innen in der Schweiz nachvollziehen. In den 1950er und 1960er-Jahren richtete sich die Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz insbesondere gegen Italiener*innen, welche zu dieser Zeit vermehrt in die Schweiz einwanderten. Heute gehören Italiener*innen jedoch zu den am meisten geschätzten Migrationsgruppen, obwohl sie nach wie vor den größten Anteil der Migrant*innen stellen (Helbling 2011: 12). »*Various studies have shown that it is not necessarily the percentage of immigrants, but the rapid changes of immigration patterns that leads to conflicts*« (Helbling 2011: 11). Eine negative Haltung und wahrgenommene Gefahr als Folge von verstärkter Migration sind damit meist auch zeitlich gebunden. Dies erklärt zumindest teilweise, dass Deutsche in der Schweiz seit den 2000ern vermehrt negativ wahrgenommen werden, jedoch nicht, worin diese Haltung begründet ist. Dies werde ich im Kapitel zur Wahrnehmung genauer analysieren. Gleichzeitig deutet dieser Befund darauf hin, dass die Unbeliebtheit von Deutschen kein permanentes Phänomen bleiben muss.

Um das Kapitel zur Schweizer Migrationsgeschichte abzuschließen, folgt nun eine Betrachtung der Emigration aus der Schweiz. Die Fünfte Schweiz, wie die Gesamtheit der Auslandschweizer oft genannt wird, ist historisch gut dokumentiert, die moderne

10 Die Initiative selbst stieß auf große Aufmerksamkeit im In- und Ausland, Aufsehen erregte jedoch letztlich die Annahme der Initiative, welche zukünftig den Bau neuer Minarette verbot. Neben dem Verstoß gegen Menschenrechte widerspricht der Bann auch der Schweizer Verfassung. Er hat jedoch weitreichendere Konsequenzen für die Wahrnehmung des Islams und die Zugehörigkeitsgefühle von Muslim*innen (Baycan Herzog/Gianni 2019: 178–179). Die Initiative zeigte klar, dass insbesondere der Islam in der Schweiz als Gefahr wahrgenommen wird. Während frühere Initiativen zumindest nominell nur gegen kriminelle Ausländer*innen gerichtet waren und deswegen fremdenfeindliche Tendenzen noch eher kaschieren konnten, wurden durch die »Minarett-Initiative« grundlegende Ressentiments gegen Muslim*innen und den Islam auch in der Gesellschaft sichtbar (Beyeler/Suter Reich: 141).

Emigration ist jedoch in wissenschaftlichen Studien der letzten zwei Jahrzehnte oft vernachlässigt worden¹¹. In einem Bericht des Swiss Forum for Migration and Population Studies (Schönenberger/Efionayi-Mäder 2010) wird grundsätzlich zur Schweizer Emigration angemerkt, dass die Forschung im Bereich Auswanderung und Fünfte Schweiz, insbesondere in Bezug auf Europa, noch in den Anfängen steckt. Daten zu Auslandschweizer*innen finden sich in statistischen Analysen (nccr – on the move 2022a), in einem politisch-institutionellen Zusammenhang (Hermann 2012; Piccoli 2020), oder bei Forschungen mit einem historischen Bezug (Berwein 2003; Schelbert 2004; Schweizerisches Bundesarchiv 2002; Studer 2015). Eine systematische Darstellung des Profils von Auslandschweizer*innen ist aufgrund der verfügbaren statistischen Daten oft schwierig. Schönenberger und Efionayi-Mäder (2010) nennen soziodemographische und sozioökonomische Merkmale, sowie das Migrationsverhalten, Auswanderungsmotive und -motivationen als wichtige Aspekte zukünftiger Forschung.

Hinzu kommt, dass die Anzahl der Auslandschweizer*innen aufgrund der Vererbung der Staatsbürgerschaft (*jus sanguinis*) und vermehrter Registrierungen bei den Behörden stärker wächst als durch die aktuelle Emigration. Es gibt also mitunter nur einen bedingten Zusammenhang zwischen Emigration und der Population der Auslandschweizer*innen. Aufgrund der Praxis der vererbaren Staatsbürgerschaft und der Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft sind 75 % der Auslandschweizer*innen Mehrfachbürger*innen. Sie werden daher in ihrem Zielland oftmals nicht statistisch als Ausländer*innen erfasst. Die Wichtigkeit von Auslandschweizer*innen wurde auch politisch bereits vor längerer Zeit erkannt: 1966 wurde mit dem »Auslandschweizerartikel« der Schutz und die Rechte von Auslandschweizer*innen auch in der Bundesverfassung aufgenommen. Teil davon ist das aktive und passive Wahlrecht, Das Recht auf Sozialhilfe oder Arbeitslosenversicherung nach der Rückkehr, aber auch die Militärpflicht (Bundesamt für Statistik 2019b; Schönenberger/Efionayi-Mäder 2010).

Ähnlich wie in Deutschland fällt das Wanderungssaldo der Schweiz grundsätzlich positiv aus, jedoch negativ, wenn man Schweizer Staatsbürger betrachtet. 2013 bis 2017 ergaben die Wanderungen der schweizerischen Erwerbspersonen einen Negativsaldo von 13 000 Personen (BFS 2019a: 14). 2024 lebten 826.708 Schweizer*innen im Ausland, davon 444.562 Frauen und 382.146 Männer; der Anteil an Auslandschweizer*innen an allen Schweizer*innen beträgt damit 11,2 %. Die häufigsten Zielländer sind Frankreich mit 209.287, Deutschland mit 99.582 und die USA mit 83.667 Auslandschweizer*innen. Danach folgen Italien (51.964), Kanada (41.463), das Vereinigte Königreich (40.183) und Australien (26.374). 64 % der Auslandschweizer*innen leben in Europa, 16 % in Nordamerika. Die große Mehrheit befindet sich im Erwerbsalter zwischen 18 und 64 Jahren. Die Mehrheit der Emigrant*innen ist, bis auf asiatische Länder, weiblich. »*Auslandschweizerinnen und -schweizer unterscheiden sich hauptsächlich in zwei Aspekten von ihren in der Schweiz ansässigen Landsleuten: Sie sind jünger und Frauen sind leicht stärker vertreten*« (Bundesamt für Statistik 2019c).

11 Die meisten Studien zu spezifischen Zielländern oder Herkunftsregionen Schweizer Emigrant*innen sind bereits älter oder beziehen sich auf historische Emigration, vgl.: Andrzejewski (2002); Arlettaz (1979); Bovay (1976); Bühler et al. (1987); Geissbühler (1999); Glatz (1997); Nicoulin/Chaunu (2002); Perret (1950); Schneiter (1983); Wegmann (1989).

Walter Leimgruber (2016), Professor für Kulturwissenschaft und europäische Ethnologie an der Universität Basel, nähert sich anhand von Daten aus qualitativen Interviews und Umfragen aus diversen Zielländern dem Profil von Schweizer Auswandernden im Erwerbsalter – nicht eingeschlossen werden somit u.a. Altersmigrant*innen, welche sich wahrscheinlich im Profil unterscheiden. Ungefähr ein Drittel der Emigrant*innen seit den 1990ern besitzt die Schweizer Staatsbürgerschaft¹². Sie sind mehrheitlich gut qualifiziert und haben bereits vor der Emigration transnationale Beziehungen ins Zielland. Entsprechend nimmt auch die temporäre Migration zu, welche in einen multilokalen Lebensstil eingebunden wird. Strukturelle Gründe können jedoch meist nicht erklären, wieso Menschen aus der Schweiz emigrieren: »Die Schweiz bietet in vielerlei Hinsicht optimale Perspektiven« (Leimgruber 2016: 34). Entsprechend treten individuelle Gründe wie die Selbstverwirklichung in den Vordergrund. Aus beruflicher Perspektive sind Länder mit Innovationspotenzial interessant, aber auch die persönliche berufliche Herausforderung oder ein kompetitives Feld ziehen Schweizer*innen an. Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder die gleichzeitige Existenz einer positiven Firmenkultur in einem ansprechenden, z.B. naturnahen oder touristisch interessanten Umfeld sind weitere Gründe (Leimgruber 2016: 34–36).

Da Schweizer Emigrant*innen nicht aus Notlagen, sondern freiwillig zu dieser Entscheidung kommen, schließt Leimgruber (2016: 35), dass es sich bei ihnen vermehrt um starke Persönlichkeiten handeln muss. Schweizer Emigrant*innen sind entweder bereits risikofreudiger oder werden dies aufgrund der Auslandserfahrung. Darüber hinaus wird in vielen Ländern Risikobereitschaft und innovative Denken eher begrüßt, als dies in der Schweiz der Fall ist. In der Wahrnehmung der Emigrant*innen erscheint die Schweiz meist positiv: gelobt wird die Stabilität, die Ordnung, aber auch das Bildungssystem. Kritisch gesehen werden die fehlende Offenheit und ein geringes Interesse am Rest der Welt. Die Wahrnehmung und die Persönlichkeit passen in dieser Hinsicht zusammen: Es migrieren Menschen, die im Ausland Herausforderungen und neue Dynamiken suchen, da die Schweiz mit der großen Stabilität und Ordnung zu starr und einengend wirken kann.

Einen Fokus auf die Lebenswelt Schweizer Emigrant*innen findet man bei Camenisch (2019), welche sowohl das Arbeitsleben als auch die soziale Ebene von Schweizer Emigrant*innen in China beleuchtet. In ihrer Dissertation widmet sie sich unter anderem der Aushandlung von multiplen Zugehörigkeiten als weiße, westliche, Schweizer Ausländer*innen. Eine ähnliche Auseinandersetzung zeigt sich bei Sanders (2019) bei Auslandschweizer*innen in Lima, welche von der positiven Konstruktion einer weißen Schweizer Identität profitieren. Bei Müllers (2019) Forschung in Nordeuropa verlaufen die Grenzen der Zugehörigkeit nicht entlang äußerlicher Faktoren, sondern entlang der Sprache: Schweizer*innen sind an ihrem Akzent erkennbar, auch wenn sie die Sprache des Ziellandes fließend sprechen. Entsprechend fühlen sich die Schweizer*innen in ihrer neuen Heimat aufgrund der Sprache zwar eingebettet, aber gleichzeitig bleibt der Akzent ein Marker der Differenz (Camenisch/Müller 2019: 23–24). Bei allen dreien zeigt

12 Die geringe Anzahl Schweizer Staatsbürger*innen kann auch von einer Überrepräsentation kurzzeitiger Migration stammen, so sind z.B. temporäre Arbeitskräfte in der Immigrationsstatistik überrepräsentiert.

sich jedoch die privilegierte Position Schweizer Emigrant*innen, welche auf die Konstruktion als »gute« Migrant*innen zurückzuführen ist.

Es ist anzunehmen, dass viele der hier genannten Aspekte sich übertragen lassen, auch wenn die erwähnten Forschungen nicht spezifisch zu Schweizer Migrant*innen in Deutschland durchgeführt wurden. Vermehrt handelt es sich um gut qualifizierte weibliche Migrant*innen, welche freiwillig auf der Suche nach Herausforderungen und Selbstverwirklichung auswandern und in ihrem Zielland positiv aufgenommen werden. Inwieweit das auch für die Migration nach Deutschland zutrifft, wird Gegenstand der späteren Kapitel dieser Studie sein.

2.4 Migration zwischen der Schweiz und Deutschland

Switzerland and Germany are two industrialised and neighbouring countries that share to a great extent the same language and culture. Economic prospects, security situations, living standards and lifestyles are similar, if not slightly better in Switzerland (Steiner 2019: 242).

Die Migration zwischen der Schweiz und Deutschland ist eng mit den Entwicklungen in Europa in den letzten Jahren und Jahrzehnten verknüpft. Dies trifft sowohl auf historische Trends als auch auf jüngere Entwicklungen zu. Die Gründung der Europäischen Union als Nachfolgerin diverser früherer Abkommen durch das Maastrichter Abkommen, welches 1992 implementiert wurde, war der Start für weitere Abkommen, welche den Austausch und die Kooperation zwischen europäischen Ländern fördern sollte. Die Einführung des europäischen Wirtschaftsraums (EWR) 1994, des Schengener Abkommens im Jahre 1995 und der Eurozone 1999 waren weitere Schritte und brachten Europa näher zusammen. In der Schweiz gab es vermehrt Widerstand gegen die EU und spätere Abkommen; so stellte sich die Schweiz gegen einen EU- und EWR-Beitritt ebenso wie gegen die Eurozone. Durch bilaterale Abkommen zwischen der EU und der Schweiz¹³ erhielt letztere jedoch quasi den Status eines EWR-Mitglieds. Ab 2002 wurde der freie Personenverkehr mit der EU in Kraft gesetzt, welcher den Start setzte für die verstärkte Migration zwischen Deutschland und der Schweiz. Innerhalb der Territorien der Vertragsstaaten wurde es Schweizer und EU-Bürger*innen möglich, frei einen Arbeitsplatz und Wohnort zu wählen, wenn sie eine finanzielle Absicherung und Krankenversicherung besaßen (Abbate/Fernández G. G. 2018: 447–448).

Betrachtet man verschiedene ökonomische Statistiken, belegen sowohl die Schweiz als auch Deutschland meist vordere Plätze. In den meisten Fällen rangiert die Schweiz etwas besser als Deutschland. Betrachtet man Nominallöhne oder Durchschnittslöhne nach Kaufkraftparität, so schneiden die Schweiz, Norwegen, Dänemark und Irland am besten ab – signifikant besser als Deutschland. Dies relativiert sich, wenn man die Lebenshaltungskosten betrachtet: Genf und Zürich waren 2015 die teuersten Städte der Welt. Insgesamt findet man in der Schweiz vergleichsweise hohe Lebenshaltungskosten

13 1999 bzw. 2004 wurden die Bilateralen Verträge I und II unterzeichnet, 2002 bzw. 2005 traten sie in Kraft.

(Glassdoor/Llewellyn Consulting 2016: 3–7). Relevant ist letzten Endes jedoch der Lebensstandard, also die Differenz von Lohn und Lebenshaltungskosten. Auch hier steht die Schweiz an der Spitze, an dritter Stelle nach Dänemark findet sich jedoch Deutschland; geringere Löhne treffen hier auf geringere Lebenshaltungskosten, was letztlich zu einer höheren Kaufkraft führt (Glassdoor/Llewellyn Consulting 2016: 8–10). Beide Länder bieten also einen sehr guten Lebensstandard, es bleibt am Ende aber trotzdem eine gewisse ökonomische Asymmetrie zugunsten der Schweiz. Diese Asymmetrie lässt strukturelle Gründe für Schweizer Auswandernde an Relevanz verlieren. Da die Lebenshaltungskosten für potenzielle Auswandernde zudem erst im Nachhinein ersichtlich werden, ist es möglich, dass die Unterschiede der Durchschnitts- und Nominallöhne für die Migrationsentscheidung mehr ins Gewicht fallen. In diesem Fall wirkt die Schweiz vorteilhafter als Deutschland. Dies dürfte insbesondere für ökonomisch motivierte Migrant*innen relevant sein.

Im Folgenden wende ich mich beiden Migrationsströmen zu, beginnend mit der Migration aus der Schweiz nach Deutschland. Aufgrund der besseren Datenlage und des größeren öffentlichen Interesses fällt die Analyse der Migration in die Schweiz deutlich umfassender und detaillierter aus. Spezifisch zu Schweizer*innen in Deutschland finden sich aufgrund der vergleichsweise geringen Anzahl Schweizer Migrant*innen kaum Forschungen oder Literatur. Dies bezieht sich sowohl auf quantitative Analysen als auch auf ethnographische Forschung. Wie in den vorigen Abschnitten gezeigt, ist die Emigration aus der Schweiz prozentual zwar einiges höher, Schweizer Staatsangehörige stellen jedoch in jedem ausländischen Staat nur eine kleine Bevölkerungsminderheit dar. Dies änderte sich auch nicht durch einen Zuwachs von ca. 30 % seit Inkrafttreten der bilateralen Verträge. In Frankreich stellen Auslandschweizer*innen 0,3 % der Bevölkerung, in allen anderen Ländern ist der Wert niedriger. Die fehlende Forschung ist daher vor allem aus Schweizer Perspektive erstaunlich. Die Auslandsbevölkerung »umfasst beinahe ebenso viele Personen wie die drei [größten Städte der Schweiz] Zürich, Genf und Basel zusammen Einwohner haben« (BFS 2019c). Mit über 776.296 Auslandschweizer*innen und über 94.555 von ihnen in Deutschland machen diese Menschen einen interessanten, aber oft übersehenen Anteil der Schweizer Bevölkerung aus (nccr – on the move 2022b).

Drei Jubiläen im Norden Deutschlands im Sommer 2023 zeigen, dass Schweizer*innen aber schon früh in Deutschland ihre Spuren hinterließen: 125 Jahre Schweizer Verein »Rütli« in Bremen, 130 Jahre Schweizer Verein Schleswig-Holstein und 140 Jahre Schweizer Verein »Helvetia« Hamburg. Hellmuth Schulzes Chroniken (2003) zum 120. Jubiläum des Hamburger Schweizer Vereins geben Einblick in die Beweggründe und das Leben dieser frühen Auslandschweizer*innen. Ein Teil dieser Auslandschweizer*innen strandete infolge einer geplanten, aber nicht umgesetzten Transatlantikmigration in Norddeutschland. Viele von ihnen wurden auf Bauernhöfen als Melker beschäftigt, sodass »Schweizer« zum Synonym für diesen Beruf wurde. Gleichzeitig bot Hamburg als Hafenstadt und kommerzielles Zentrum, insbesondere nach dem Großen Brand im Jahr 1842, gute Möglichkeiten für Kaufleute und Handwerker. Weitere Institutionen zeigen die Diversität des schweizerischen Lebens in Hamburg: 1846 wurde das Schweizerische Konsulat und wahrscheinlich 1862 der Schweizer-Club Eintracht Hamburg gegründet. Teilweise aus diesen Institutionen und dem Schweizer Verein gingen weitere hervor, wie z.B. die Schweizerische Unterstützungskasse (1864) und das »Home Suisse« (1885)

sowie die Schweizerische Beerdigungskasse (1899). Ersteres unterstützte hilfsbedürftige Schweizer*innen finanziell, zweiteres sollte sich um kranke Schweizer Erzieherinnen und Kindermädchen kümmern und ihnen kostenlose Behandlungen durch einen Genfer Arzt ermöglichen. Letzteres beinhaltete den Erwerb eines Genossenschaftsgrabes auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg und gab den Mitgliedern damit die Möglichkeit, auf einem Schweizer Friedhof beerdigt zu werden (Schulz 2003: 8–30). Der große Nachteil der Chroniken ist, dass sie wenig Auskunft über die Mitglieder und deren Demographie aussagt, da lediglich besondere Errungenschaften, Persönlichkeiten und Institutionen im Mittelpunkt stehen. Was über die Jahre abgebildet wird, sind mehrheitlich männliche, hochqualifizierte Geschäftsleute in zentralen Positionen in Hamburger und Schweizer Institutionen – was weder der Demographie der Teilnehmenden dieser Studie noch der Gesamtheit der Auslandschweizer*innen in Hamburg entspricht.

An wissenschaftlichen Beiträgen zu deutscher Migration ins Ausland existieren neben mehreren Artikeln von Roland Verwiebe (Verwiebe 2006; Verwiebe et al. 2010; Verwiebe 2014; Verwiebe/Wiesböck/Teitzer 2014) und Thomas Köllen (2015, 2016) zu hochqualifizierter europäischer Migration aus und nach Deutschland auch spezifische Studien zu Deutschen in der Schweiz. Die meisten drehen sich um deutsche Arbeitsmigration (Althaus 2017; Simon 2011). Auch eine umfassende Studie der OECD (2015) wurde im Kontext eines stärker werdenden Fachkräftemangels verfasst und sieht ausgewanderte Deutsche als potenzielles Humankapital für die deutsche Wirtschaft. Gerade bei Forschung zu gut und hochqualifizierten Migrant*innen dominiert die ökonomische Perspektive meist die kulturelle oder soziale (vgl. Koser/Salt 1997: 294).

Steiner (2014) benennt regionale bzw. räumliche Selektivität je nach Typ von Migration als wichtigen Faktor bei der Niederlassung deutscher Migrant*innen in der Schweiz. In weiteren Studien (Steiner 2012; 2019) fokussiert sie auf die Faktoren und Entscheidungsprozesse zur Rückkehr oder den Verbleib von deutschen Migrant*innen in der Schweiz und stellt dabei persönliche oder externe statt politische Gründe in den Vordergrund. In beiden Fällen wird nicht nur die Arbeitsmigration, sondern auch die Aspekte Ausbildung, Familie und Abenteuerlust miteinbezogen. Deutsche Migrant*innen in der Schweiz stellen heute sehr heterogene demographische Gruppen dar, was großen Einfluss auf diese Entscheidungsprozesse hat.

Bei der Betrachtung Deutscher in der Schweiz steht die Einführung der Personenfreizügigkeit im Fokus: Die Anzahl der Deutschen in der Schweiz hat seit diesem Ereignis (2002) schlagartig zugenommen. Bereits in den 1990er-Jahren zogen mehr Deutsche aufgrund wirtschaftlicher Entwicklungen in die Schweiz. In den zehn Jahren nach 2002 stieg die Anzahl Deutscher jedoch von 126.048 auf 275.300. Bis heute ist die Zahl weiter steigend, wenn auch nicht mehr so stark. Insbesondere während der Corona-Pandemie sank die Zahl der neu Zugewanderten (BFS 2022b). Deutsche machen in der Schweiz 3,6 % der Gesamtbevölkerung aus, nur Italiener stellen mit 3,8 % eine größere Gruppe dar (BFS 2024). Entsprechend groß ist das öffentliche Interesse, was zu Berichterstattungen in Medien, aber auch zu wissenschaftlichen Forschungen führt.

Ein Migrationskorridor zwischen Deutschland und der Schweiz entstand aufgrund historischer Entwicklungen und geographischer Nähe schon weit früher. In der Schweiz herrschte in bestimmten Berufszweigen Arbeitskräftemangel, der häufig durch deutschsprachige Migrantinnen gedeckt wurde. Deutsche und österreichische Frauen

fanden über soziale Netzwerke Anstellung als Hausangestellte; 1930 stammten über 20 % der 110.600 Hausangestellten aus Deutschland, 1960 noch über 15 %. Da Migrant*innen nur in Mangelberufen arbeiten durften, waren 1952 rund 85 % der deutschen Arbeiterinnen als Haus- oder Gewerbeangestellte beschäftigt. Diese Migration war stark weiblich geprägt, ging aber ab den 1960ern zurück – unter anderem begünstigt durch den wirtschaftlichen Aufschwung in der BRD und die zunehmende Anwerbung von Arbeitskräften aus Südeuropa (Althaus 2017: 10–16). Das Profil dieser Migrantinnen war relativ homogen: 95 % der von Althaus Befragten waren bei der Migration jünger als 24 und suchten berufliche Perspektiven und Selbstverwirklichung fernab elterlicher Kontrolle. Althaus interpretiert ihre Erzählungen als »coming-of-age Geschichten« (Althaus 2017: 245). Die Motive reichten von Emanzipation und Ausbildung bis zu sozialem Aufstieg. Die Schweiz war dabei meist Mittel zum Zweck und als Zielland von geringer Bedeutung (Althaus 2017: 355–408).

Österreichische und deutsche Frauen wurden aufgrund ihrer vermeintlichen Anspruchslosigkeit gepaart mit einer guten Arbeitsethik angeworben. Dies bewahrte sie jedoch nicht vor Xenophobie, welche, ausgelöst durch steigende Immigrationszahlen, in gesellschaftlichen sowie politischen Diskursen aufkam¹⁴. Vor dem Zweiten Weltkrieg wurde oft kritisiert, dass sie arbeitslosen Schweizerinnen die Arbeitsplätze streitig machen. Spätestens mit dem Aufkommen der nationalsozialistischen Ideologie in den 1930ern wurde aus den Immigrantinnen eine »nationale Bedrohung« (Althaus 2017: 14). Als Hausangestellte waren sie mitunter für die Kindererziehung zuständig und als junge Frauen waren sie potenzielle Ehepartnerinnen für Schweizer Männer. Ihnen wurde sowohl Beeinflussung als auch Spionage vorgeworfen. Nach dem Krieg kam die Befürchtung »einer biologischen Infizierung des schweizerischen ›Volkskörpers‹ mit ansteckenden Krankheiten« (Althaus 2017: 14) hinzu. Während der Diskurs um Überfremdung oft mit Italiener*innen und James Schwarzenbach bzw. der Schwarzenbach-Initiative¹⁵ assoziiert wird, entstand er ursprünglich als Abgrenzung zu Deutschen. Bis in die 1950er zielte der Diskurs auf diese Gruppe, wobei es sich aufgrund der Intersektion von Nationalität und Geschlecht noch spezifischer um einen feminisierten antideutschen Diskurs handelte (Althaus 2017: 23–24). Germanophobie ist daher tief in der Schweizer Geschichte verankert und keinesfalls eine neue Entwicklung.

Heute finden sich in der Schweiz in öffentlichen Medien eine Vielzahl an Berichterstattungen über deutsche Migrant*innen (Imhof 2008). Dies beinhaltet Dokumentationen über Deutsche in der Schweiz (Fokus TV Reportage 2015; NZZ Format 2014; Schweizer Radio und Fernsehen 2007), Diskussionsrunden mit Politikern und wichtigen Persönlichkeiten (SRF 2010), oder Zeitungsartikel und Blogeinträge (Alich 2014; Brönnimann 2017; Sadecky 2014; Schwarze-Thurm/Hansen 2014). Die meisten Berichte thematisieren die negative Haltung der Schweizer*innen gegenüber den Deutschen.

14 In den Diskursen wurden österreichische und deutsche Arbeitsmigrant*innen auf gleiche Weise verallgemeinert. Aufgrund der geringeren Anzahl der Österreicherinnen waren diese teilweise besser angesehen, meist wurde jedoch nicht unterschieden zwischen den zwei Nationalitäten bzw. Österreicherinnen wurden zu den Deutschen gezählt.

15 Die Eidgenössische Volksabstimmung »Überfremdung« wurde vom rechtspopulistischen Politiker James Schwarzenbach lanciert und 1970 letztlich abgelehnt (Bundeskanzlei 1970a, 1970b).

Oftmals wird diese Haltung in den Medien jedoch nur dokumentiert und nicht ergründet (vgl. Köllen 2015).

Wissenschaftliche Analysen zur Ergründung der Germanophobie finden sich bei Helbling (2010a; 2011) und Theiler (2004). Zu Beginn seiner Argumentation stellt Helbling die gängige Annahme infrage, dass xenophobe Einstellungen vor allem bei gering Qualifizierten auftreten und sich überwiegend gegen Menschen aus geographisch und kulturell fernen Ländern der Unterschicht richten. Er kontrastiert dies mit dem Fall deutscher Migrant*innen in der Schweiz, die überdurchschnittlich gut ausgebildet sind und aus einem geographisch wie kulturell nahen Land stammen. Daraus entwickelt Helbling zwei Hypothesen: Erstens, ob die Grenzen zwischen kulturell ähnlichen Gruppen tatsächlich weniger stark ausgeprägt sind als die zwischen unterschiedlich(eren) Gruppen – und ob Schweizer*innen Deutsche daher als Gefahr für die eigene Kultur wahrnehmen. Zweitens, ob sich hochgebildete Personen in guten beruflichen Positionen von ähnlich qualifizierten Einwandernden in ihren Aufstiegschancen bedroht fühlen. Beide Hypothesen kann Helbling empirisch bestätigen (Helbling 2011: 5).

Der Politikwissenschaftler Tobias Theiler benennt ein wichtiges Phänomen in dieser Argumentation als »*Narcissism of minor difference*« (Theiler 2004: 648), zurückgehend auf den Psychoanalytiker Sigmund Freud (1930) und den Ethnologen Ernest Crawley (1927). Keine ebenso wie große kulturelle Unterschiede sorgen für Sicherheit innerhalb der Gruppe, da eine Distinktion entweder nicht nötig oder bereits gegeben ist. Problematisch werden geringe kulturelle Unterschiede: »*The boundary appears fragile, triggering a process of continuous self-differentiation and often subconscious fears of insufficient separation from and damaging exposure to the other category*« (Theiler 2004: 648)¹⁶. Die Angst vor dem negativen Einfluss anderer migrantischer Gruppen mit spezifischen Normen, Moralvorstellungen und Werten wird als »*cultural threat*« (Helbling 2011: 13) bezeichnet. Fühlen Menschen sich persönlich oder ihre Kultur durch die zunehmende Heterogenität bedroht, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer negativen Reaktion. Wichtig sind dabei nicht objektive Unterschiede wie Sprache, Religion, Nationalität, Aussehen, sondern die subjektive Wahrnehmung: »*Indeed, despite apparent similarities, there may be significant tensions between the two groups, stemming from differences that are regarded as fundamental by one or both groups*« (Helbling 2011: 13: 13). Die Wahrnehmung einer kulturellen Gefahr kann zudem einseitig erfolgen, was bei der Migration zwischen Deutschland und der Schweiz zutrifft: »*the cultural difference between Germans and Swiss-Germans is considered to be very large in Switzerland*« (Helbling 2010b: 5). Dies wurde bereits in einer früheren Studie von Schläpfer et al. (1985: 151–154) festgestellt.

Die ungleiche Wahrnehmung der Bedrohung geht wie erwähnt auch auf die unterschiedlich verlaufenden Migrationsströme zurück. Da die Migration von Schweizer*innen weder signifikant noch starken Schwankungen unterlegen ist, löst sie auch keine

16 Theiler zeigt mit der gleichen Argumentation auf, dass französischsprachige Schweizer*innen sich eher in einen gesamtfranzösischen Diskurs einfügen können, da die sprachlichen Unterschiede entfallen, sie auf institutioneller Ebene jedoch ihre Schweizer Identität bewahren können. Deutschsprachige Schweizer*innen sehen sich jedoch in einem Zwischenraum: Sie gehören teilweise zum deutschsprachigen Kulturraum, bleiben jedoch immer außen vor. Dies wird im Kapitel zur Wahrnehmung, insbesondere dem Abschnitt zur Sprache, erneut thematisiert.

Abwehrreaktion in Deutschland aus. Dem gegenüber steht Deutschlands dominante Position im deutschsprachigen Raum: Aufgrund der Größe Deutschlands ist das Land in vielen Bereichen des deutschsprachigen Raumes maßgebend und stellt daher für die Schweiz eher eine vermeintliche Gefahr dar als andersherum. Minderwertigkeitsgefühle seitens der Schweiz aufgrund deutscher Errungenschaften beispielsweise in der Politik, Wissenschaft und Kultur sowie der Sprache sind daher ein Beiprodukt des Differenzierungsdiskurses (Helbling 2011, Lüdi 2008, Zarate et al. 2004).

Zurzeit gibt es jedoch nicht nur in der Schweiz negative Stimmen zu Deutschland. Auch in Österreich (Köllen 2016) und den Niederlanden (Dekker/Dijkgraaf/Meijerink 2007; Dekker/Jansen 1995; Kinzer 1995) finden sich Ressentiments gegenüber Deutschen, welche sich mit kultureller Nähe und Abgrenzungsbemühungen erklären lassen. Mit dem Aufkommen der Euro-Krise und dem damit einhergehenden verstärkten Einfluss Deutschlands in der EU ging auch eine verstärkte Antipathie von mehreren Krisenländern sowie von Großbritannien einher (Blome et al. 2015; Heffner 2016). Damit wird klar, dass auch ein größerer politischer oder wirtschaftlicher Einfluss unabhängig von kultureller Nähe oder Distanz als Gefahr wahrgenommen werden kann, welche wiederum negative Reaktionen auslöst.

Konträr zu diesen Berichten ergibt eine Umfrage der BBC (2013) unter mehr als 26.000 Menschen weltweit – wohlgemerkt vor der »Flüchtlingskrise« 2015 –, dass Deutschland das am positivsten gesehene Land der Welt ist. 59 % der Teilnehmenden nahmen Deutschland positiv wahr. Auch die Ausländerfeindlichkeit der Schweiz muss möglicherweise relativiert werden. Im Rahmen ihrer Forschung über Ressentiments stellte Salomo (2021) fest, dass die Schweiz durchgängig niedrigere Werte bei der Abneigung gegen Ausländer*innen aufweist als Deutschland¹⁷. Grundsätzlich sind die Werte beider Länder, der Schweiz und Deutschland, relativ gering und ähneln denen anderer Länder mit guten wirtschaftlichen Bedingungen innerhalb Europas wie z.B. Schweden, Norwegen, Irland oder den Niederlanden (Salomo 2021: 177). Die Wahrnehmung von vermehrter Xenophobie kann auch eine Konsequenz eines größeren Bewusstseins für das Thema sein und muss keinen faktischen Anstieg von Xenophobie darstellen (El-Mafaalani 2018). Trotz der in diesem Abschnitt zitierten Studien und Erklärungsansätze bleibt die Frage nach der gegenwärtigen Relevanz der Germanophobie in der Schweiz nur teilweise beantwortet. Auf dieses Phänomen werde ich insbesondere im sechsten Kapitel zur Wahrnehmung und im achten Kapitel zur Zugehörigkeit zurückkommen.

17 Der Messung der Ressentiments liegen u.a. die Daten des European Social Survey von 2002–2016 zugrunde, bei welchem in europaweiten Umfragen alle zwei Jahre über 30.000 Teilnehmende zu ihrer politischen Einstellung befragt werden. Neben einem Ländervergleich gibt die Studie auch Einsicht zu Einstellungen auf regionaler und individueller Ebene.